

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kr 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährlich . . . 96.-
ganzzährig . . . 192.-

Rückführung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (falls fest).

Ueberflüssige Provokation:

Briands Unterläufel in Aktion!

Herr Marintović macht sich wichtig. — Der Angestellte einer Säbeldiktatur als Wächter des Friedens!

Haben schon die Genfer Meldungen vom Montag eine Zuspitzung der Lage erraten lassen, die weniger durch steigende sachliche Gegensätze als durch die ganz unnötig scharfe Sprache der Entente-Staatsmänner bedingt war, so zeigen die Dienstag-Meldungen die Beratungen in einer läßlichen Tendenz auf das Kriegserische. Daß ausgerechnet Herr Marintović, der Außenminister eines absoluten Königs und Militärdiktators sich berufen fühlte, in Genf als der Wächter des Friedens aufzutreten, muß den denkbar schlechtesten Eindruck machen. Es scheint, daß Briand, verärgert über seine Niederlage in Versailles, den Groß an Deutschland und Oesterreich anstellen möchte und daß er darum seine Untergebenen von der Koppel läßt. Es wird aber vermutlich wieder bei England noch die Italiener beideres Wohlgefallen erregen, wenn Herr Marintović in einem

Atem sämtliche Großmächte als Friedensstörer anklagt und die kleinen Staaten rühmt, obwohl Europa vor 1914 und nach 1919 wahrhaftig von niemandem in dem Maße wie von den „kleinen“ beunruhigt wurde, und obwohl doch gerade Serbien jahrzehntelang für Unruhe gelost hat. So lange es in Europa Staaten gibt, in denen ein absoluter Diktator die Außenpolitik bestimmt, werden gerade diese Staaten die ernsteste Gefährdung des Friedens darstellen. Die provokative Rede des Herrn Marintović diskreditiert Frankreich und den Völkerverbund, der am längsten gelebt haben wird, wenn Briand seinen „kleinen“ nicht den Maulkorb anlegt. Denn wenn erst die Volkankrakerler in Genf das große Wort haben, wird kein seriöser Staat seine Staatsmänner in diese Tagungen entsenden!

Hendersons Antrag einstimmig angenommen.

Genf, 19. Mai. Der Völkerverbund hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag Hendersons, die Frage der juristischen Vereinbarkeit des deutsch-österreichischen Protokolls mit dem Genfer Protokoll vom 1. Oktober 1922 und den Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain dem Haager Gerichtshof zur Begutachtung zu überweisen, einstimmig angenommen.

Der Völkerverbund beschäftigte sich in seiner heutigen Vormittagssitzung in erster Reihe wiederum mit dem deutsch-österreichischen Jollunions-Plan. Das Wort erhielt als erster

Dr. Beneš.

Er dankte Henderson, der die Angelegenheit in den Rat getragen hatte, da es sich um eine Frage handelte, die nach ihrem charakteristischen Merkmal zu seinen gehört, die der Rat erledigen soll. Das Problem habe drei Seiten: eine juristische, eine politische und eine wirtschaftliche. Dr. Beneš zitiert die Bestimmungen der einschlägigen Verträge und schließt eine Interpolation an, daß die Jollunion nicht in Übereinstimmung mit dem von Oesterreich übernommenen Verpflichtungen liege; die Geschichte zeige ganz klar, daß eine Jollunion geeigneter sei, denn Unabhängigkeit der Staaten, welche sie bilden, insbesondere des schwächsten Staates, Abbruch zu tun.

In dem vorliegenden konkreten Falle sei besonders die Assimilierung der Gesetzgebung und der Verwaltung, welche in den beiden Staaten bereits seit einigen Jahren verfolgt wird, zu berücksichtigen.

Obwohl das Wiener Protokoll von der Unabhängigkeit der beiden Staaten und der Aufrechterhaltung aller internationalen Verpflichtungen spreche, habe dies keine Bedeutung, eben so nicht der Vorbehalt, mit anderen Staaten betreffend den Anschluß an die Jollunion in Verhandlungen einzutreten. Vor allem werde in dem österreichisch-deutschen Protokoll nichts über die Bedingungen dieses Eintrages gesagt. Schließlich trage der geplante Vertrag offensichtlich alle Merkmale eines Abtes, welcher durch das Genfer Protokoll ausdrücklich verboten sei. Es handle sich ferner um die Gewährung eines Sondervertrages und privilegierter Rechte für einen Staat.

Die Unabhängigkeit Oesterreichs sei eine schwerwiegende Garantie für die Unabhängigkeit und die ruhige Entwicklung der kleineren Staaten Mitteleuropas. Die Jollunion und deren Folgen, d. h. die politische Vereinigung der beiden Staaten, würde zur Bildung neuer wirtschaftlicher und politischer Blöcke in Europa führen und uns von den Bestrebungen, eine wirtschaftliche europäische Vereinigung zu schaffen, entfernen.

Beneš betone bereits hier, daß die Unterbrechung durch die Union erhebliche wirtschaftliche Schäden erleiden würde. Wir würden in Deutschland und in Oesterreich einerseits durch die deutsche, andererseits durch die österreichische Konkurrenz von den Märkten empfindlich verdrängt werden. In unser Export in die übrige Welt durch das Gebot der Jollunion erschweren würde, wäre es möglich, im Wege der Tarifpolitik diesem Export einen schweren Schlag zu versetzen.

Die tschechoslowakische Regierung, die betont, daß sie in den Verhandlungen, den tschechoslowakischen Staat vor Schäden zu schützen, sehr ist und daß es notwendig ist, die Angelegenheit ohne Schädigung des tschechoslowakischen

Staates zu erledigen, hat ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen, die zwischen den beteiligten Staaten bestehen, möglich ist, und diese guten Beziehungen zwischen den Staaten gehalten es mir so schief der Minister. Ihnen hier im Rate unter jeder Offenheit alle Zweifel und Sorgen unserer Regierung darzulegen.

Nach Dr. Beneš ergriff der jugoslawische Außenminister

Dr. Marintović

das Wort. Er verwies auf die Ausführungen des italienischen Außenministers Grandi, der angeben habe, wie schwer die politische und wirtschaftliche Seite des Planes von einander zu trennen sei. Marintović behauptet, nach weiter gehen zu können und zu behaupten, daß die wirtschaftliche und die politische Seite überhaupt nicht zu unterscheiden seien, da jedes wirtschaftliche Ereignis auch eine politische Bedeutung habe.

Jeder Vorstand, der die internationalen Beziehungen tangieren und den Frieden und das gute Einverständnis zwischen den Völkern bedrohen könnte, gehöre vor den Völkerverbund. Nach der Ansicht des Ministers Marintović würden der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag und der Völkerverbund eben nur darum errichtet, damit keine Macht behaupten könne, daß gewisse politische Fragen nur sie allein betreffen. Dr. Marintović erinnert daran, daß der Weltkrieg eben nur dadurch hervorgerufen worden sei, daß eine Großmacht behauptet habe, ein gewisser Fall betreffe nur sie allein, und sie von irgendwelchen internationalen Konferenzen und vom Haager Gerichtshof abis habe wissen wollen. Es sei unbedingt notwendig, daß aus der Frage jetzt vor dem Völkerverbund keine Prestigefrage gemacht werde. Dies

Der Haag — Deutschlands äußerstes Zugeständnis.

Genf, 19. Mai. Das Wolffbüro meldet zu der Annahme des Hendersonschen Antrages unter anderem: Die Rotmächte können sich nach den heutigen Ausführungen des deutschen Vertreters nicht im Unklaren sein, daß, wenn das Gutachten des Haager Gerichtshofes zu dem Ergebnisse kommt, daß Oesterreich gegen seine internationalen Verpflichtungen nicht verstoßen hat, Deutschland eine weitere Prüfung der Angelegenheit über die juristische Seite hinaus durch den Völkerverbund nicht zulassen wird. Das gilt auch insbesondere für eventuelle Absichten, mit dem Artikel 11 der Völkerverbundfassung dann eine weitere Prüfung herbeizuführen und vorzunehmen.

Berlin, 19. Mai. Die deutschen Wotterstimmen sprechen übereinstimmend davon, daß der durch den österreichisch-deutschen Jollunionsplan hervorgerufene Konflikt in Genf weder ausgeglichen noch beseitigt wurde, sondern sich im Gegenteil noch verschärft hat. Sollte der Befund der Juristen für Oesterreich und Deutschland ungünstig ausfallen, dann werde dadurch nur der Beweis geliefert, daß die betreffenden inter-

gelle vor allem von den Großmächten, weil sie den Frieden viel eher bedrohen können als die kleineren Mächte. Er verleihe, daß es für eine Großmacht vielleicht unangenehm sei, wenn sie vor dem Rate Aufklärung darüber geben sollte, was sie unternommen hat, aber den Weltfrieden könne man gerade nur um diesen Preis aufrecht erhalten.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

erwiderte dann seinen beiden Vorgesetzten in knapper Weise. Er betonte, daß die deutsche Regierung nicht erwarte, daß eine Frage, in die gewiß Wirtschaft und Politik hineinspielen, nur vom Standpunkt des Normaljuristen behandelt werde. Aber man könne es den Richtern im Haag überlassen! Das Jollunionskommen sei vor den Völkerverbund gebracht worden im Hinblick auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen Oesterreichs. Beschränkungen der Unabhängigkeit eines Staates seien immer restriktiv anzulegen. Was also Oesterreich nicht ausdrücklich verboten sei, müsse ihm erlaubt sein.

Wenn sich aber der Haager Gerichtshof auf den Standpunkt stelle, daß Oesterreich sich im Rahmen seiner Verpflichtungen gehalten habe, dann würde es Deutschland für unerträglich halten, wenn man versuchen würde, in der Jollunion eine Bedrohung des Friedens zu erblicken und die Angelegenheit unter diesem Gesichtspunkte weiter zu erörtern. Bei ihrer Einstellung zu den europäischen Fragen lehne es die deutsche Regierung ab, sich als Störer des Friedens vor das Forum des Völkerverbundes ziehen zu lassen.

Unter Offenhaltung aller von der französischen Politik in Aussicht genommenen Möglichkeiten versuchte dann

Briand

in der Form zu vermitteln und der Debatte einen verständlichen Ausklang zu geben. Er handelte sich um die größte und schwierigste Angelegenheit, die jemals vor dem Völkerverbund gebracht worden sei. Der Ausgangspunkt der ganzen Erörterung sei auf Grund des Antrages von Henderson die Rechtsfrage. Aber darüber hinaus müsse daran festgehalten werden, daß jedes Völkerverbundstatutmitglied das Recht habe, eine Angelegenheit, die den Frieden der Welt oder das gute Einverständnis der Völker betreffen, vor den Rat zu bringen. Dieses Recht werde gewiß nicht leichtfertig (P) ausgeübt werden und es bestehe für kein Land ein Anlaß, darin eine Verletzung seines Selbstgefühles zu sehen.

Dr. Curtius

erklärte mit Bezug auf die Ausführungen Briands, er habe seinen eigenen politischen Überlegungen nichts hinzuzufügen, wolle aber kurz nochmals auf die von Briand wiederum erwähnten historischen Parallelen eingehen, denn diese Erläuterungen hätten nicht nur theoretische Bedeutung.

In die Auseinandersetzung, die im weiteren Verlauf einen immer härteren theoretischen und historischen Charakter annahm, griff zuletzt der britische Außenminister Henderson mit dem von der Versammlung mit großer Beifall angenommenen Vorschlag ein, der Haager Gerichtshof möge nun gleichfalls auch darüber entscheiden, welche Auffassung der Historiker über den französisch-belgischen Jollunionsplan (vom Jahre 1842) die genau richtige gewesen sei. Der belgische Außenminister Symans löste gleichfalls große Beifall aus, als er feststellte, daß man bei der Beschwörung der Toten aus jener Zeit an der damaligen Haltung Belgiens völlig vorübergegangen sei.

Papst und Sozialismus.

Am 15. Mai waren seit der Veröffentlichung der Enzyklika Leo XIII., der sogenannten „Rerum novarum“, in der die erstmalige weitmündige Stellungnahme der katholischen Kirche zur sozialen Frage erfolgte, vierzig Jahre verflossen. Sie wurde seitdem vom kirchlichen Bürgertum einerseits als Mißverständnis, das beweisen sollte, daß auch die Kirche um das Wohl des Arbeiters besorgt ist, andererseits als Röder, um Arbeiter in die kirchlichen politischen Parteien zu locken. Praktisch war sie von keiner Bedeutung, sie wurde von den kirchlichen nur gelegentlich als eine Art Konstranz hervorgehoben, um gleich darauf wieder im Schrein eingeschlossen zu werden. Von Bedeutung ist sie nur insofern, als sie eine Anzahl, wenn auch ganz unzulänglicher Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage enthält und die Notwendigkeit ihrer Lösung fordert.

Man kann nicht sagen, daß auch nur dieser, auf höchste Mäßigkeit abgestimmte soziale Geist der Enzyklika bisher bei den bürgerlich und kapitalistisch eingestellten Gruppen der Anhänger der katholischen Kirche Anerkennung und Befolgung gefunden hat, der wichtigste und eigentlich einzig beachtete Teil ist ihnen bis zum heutigen Tage jener, der dem gläubigen Katholiken verbietet, Sozialdemokrat zu sein. Daneben ist aber, wenn auch in sehr geringem Umfang, innerhalb der Bekennerschaft der Kirche eine andere Richtung entstanden — von der allerdings bei uns unter der politischen Führung der Mayr-Darling und Hilgenreiter kaum ein Hauch zu spüren ist — die, ausgehend von der Erkenntnis, daß das Verdammungsurteil des Papstes den Siegeszug des Sozialismus nicht im geringsten aufzuhalten vermocht hat und die antizözialistische Parole weniger der Sozialdemokratie als der Kirche Schaden zugefügt und ihr immer größer werdende Massen entfremdet hat, ein erhöhtes Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Sozialismus und eine Abkehr von der Rolle der Kirche als einer Wächterin bei den Selbsttaten des Kapitalismus fordern. Diese Richtung beschränkt sich neben der Anerkennung der Berechtigung des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse von den Fesseln der kapitalistischen Anrechtung darauf, zu verlangen, es sei dieser Kampf von dem Kampfe gegen die Religion und die Kirche loszulösen.

Bei den Jubiläumsveranstaltungen in Rom aus Anlaß der Feier der Enzyklika Leos XIII. hat nun der Papst Pius XI. eine große Ansprache gehalten und er hat in diesen Ausführungen auf das bevorstehende Erscheinen einer neuen Enzyklika über die sozialen und Arbeiterfragen hingewiesen, doch hat der Papst jetzt schon deren wesentlichen Inhalt angedeutet, so daß die Enzyklika keine Ueberraschung mehr bringen wird. In der Besantheit zeichnet sich auch diese neueste Stellungnahme zu den mächtigen und entscheidenden Zeitercheinungen durch Halbsheit, Kurzsichtigkeit und — man kann es nicht anders sagen — Borniertheit aus. Was Leo XIII. vor vierzig Jahren festgelegt hat, das Vorhandensein einer sozialen Frage, das kann Pius XI., da seitdem die Verelendungstendenzen des Kapitalismus in rasender Weise Fortschritte gemacht haben, der Klassenkampf sich ungeheuerlich verschärft hat und da eben eine furchtbare Wirtschaftskrise die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufs schwerste erschüttert, nicht leugnen. Er läßt sich sogar herbei, an dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung scharfe Kritik zu üben, obwohl noch lange nicht so scharfe, wie sie seinerzeit in dem bekannten Inverdiem des Prager Erzbischofs Dr. Kordač zum Ausdruck kam. Der vollen Anerkennung der Notwendigkeit der Aenderung dieser Gesellschaftsordnung glaubt der Papst noch immer ausweichen zu können. Immerhin befragt er die „Zusammenballung wirtschaftlicher Macht“ in den Händen der kapitalistischen Mächte und die große Not der beschlossenen Arbeitermassen, welche Erscheinungen ihn eine „Neuordnung

Aufmarschverbot in Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Die Bundesregierung hat ein Aufmarschverbot für Selbstschutzbände und ähnliche Organisationen für das gesamte Bundesgebiet erlassen, das ab 31. Mai bis auf weiteres gilt und sich auf alle Selbstschutzbände, ob in Uniform oder ohne Uniform, ob in militärischer Ordnung oder ohne sie, ausnahmslos erstreckt.

Diese Maßnahme kommt reichlich spät. Erst jetzt, nachdem die Heimwehr ziemlich abgewirtschaftet hat, traut sich die Regierung, das Aufmarschverbot durchzuführen, das sie zwar öfters angekündigt, aber früher nie durchzuführen gewagt hatte.

der ganzen Wirtschaft" fordern lassen. Er findet auch manches wohlmeinende Wort, sagt, weder Kapital noch Arbeit könne den Gesamtverdienst ihres Zusammenwirkens beanspruchen und der gemeinsame Ertrag von Kapital und Arbeit müsse der Billigkeit entsprechend geteilt werden, so daß die Lohnarbeiterschaft allmählich zu einer entsprechenden Wohlhabenheit gelangt. Dieses Ziel müsse auf dem Wege gerechter Löhne erreicht werden, in der Arbeit sei die Menschenwürde des Arbeiters zu achten, auch dürfe die Arbeit nicht mit einer beliebigen Ware auf gleiche Stufe gestellt werden.

Wehr als fromme, den Kapitalisten höchst ungeschickliche Wünsche sind dies nicht und darüber, wie die Kirche dem Kapitalismus die Hauptnatur abgewöhnen will, sagt der Papst ebensowenig Greifbares wie über die Mittel, durch welche die Kapitalistenklasse zur Vorliebe zum Zahlen so hoher Löhne gebracht werden könnte, welche die Lohnarbeiterschaft allmählich zu einer entsprechenden Wohlhabenheit gelangen ließen. Im übrigen kommt es nicht nur auf die Löhne an, das Problem liegt vor allem in der Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Existenz, die Möglichkeit der Schaffung von Brot und Arbeit für alle sicherzustellen. Von dem Bedauern des Papstes über die arbeitenden Menschen, die ihr Leben lang der „Proletariat“ verfallen sind, haben diese gar nichts, wenn der Papst andererseits vermeint, Kapitalisten und Arbeiter, Reiche und Arme müsse es nun einmal geben und wenn er das Grundübel, die Möglichkeit der Ausbeutung der arbeitenden Massen durch den Kapitalismus unangetastet sehen will.

Wenn also auch eine gewisse Wandlung des Repräsentanten der Kirche gegenüber der kapitalistischen Ordnung wahrzunehmen ist, im Grunde stellt er sich doch auf die Seite der herrschenden Mächte und gliedert sich in die Reihen der Verteidiger dieser Ordnung ein. Ebenso ist eine Aenderung im Tone gegen den Sozialismus und die Sozialdemokratie eingetreten, der Papst erklärt sogar, daß viele Forderungen des Sozialismus „durchaus der Gerechtigkeit entsprechen“ und viele Sozialprinzipien „dem katholischen Sozialprogramm nahekommen“, doch gelangt er wieder zu dem Schlusse, es läge dem Sozialismus eine Gesellschaftsauffassung zugrunde, die „der wahren Auffassung von der menschlichen Gemeinschaft vollständig entgegensteht“ sei und es sei „unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein“.

Es ist wahrhaftig nicht unsere Sache, der Kirche zuzureden, doch die heutige Zeit und den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse besser verstehen zu suchen, als sie dies tut, das wäre auch vergebliche Mühe, da die Besitzinteressen der kirchlichen Hierarchie mit den Interessen der Bourgeoisie auf das engste verbunden sind. Wenn die Kirche darauf Wert legt, immer wieder zu betonen, daß das Streben nach einer Gesellschaftsordnung, in der es weder Ausbeuter noch Ausgebeutete gibt, mit ihrer Auffassung einer menschlichen Gemeinschaft im Widerspruch steht und wenn sie ihre Macht dafür einsetzt, eine Gemeinschaft unabänderlich erscheinen zu lassen, die immer wieder furchtbares Elend und namenlosen Jammer hervorbringen muß, sich darauf beschränkend, dem kapitalistischen Untier „christliche Gerechtigkeit“ ans Herz zu legen, so soll ihr davon durchaus nicht abgeraten werden. Wenn sie von der bürgerlichen Ideologie nicht ablassen zu können glaubt, wenn sie sich immer offenkundiger in Gegensatz zum Fühlen und Denken, zur stärksten Hoffnung und Sehnsucht von Millionen stellt, so wird sie die Folgen zu spüren bekommen. Die Arbeiterklasse hat keine Lust, ihr Schicksal an die heutige zusammenbrechende Gesellschaftsordnung zu ketten, wie das bei der Kirche zu sein scheint, sie wird eine neue, menschenwürdige Welt aufbauen, auch gegen den Willen der Kirche. Und wenn der Papst den Ausgebeuteten keine andere Wahl lassen will, als entweder ein „guter Katholik“ oder ein „wirklicher Sozialist“ zu sein, so darf er dessen gewiß sein, daß in ihrem und im Interesse des Fortschritts der Menschheit keine größere Massenbesetzung werden, zur letzteren Kategorie gezählt zu werden!

Die Tagung des Genossenschaftsrates des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften.

Samstag wurde in Karlsbad die diesjährige Tagung des Genossenschaftsrates des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften von seinem Obmann, dem Gen. Lorenz-Karlsbad, eröffnet. Im ganzen waren 85 Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler versammelt. Der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die politische Kreisorganisation Karlsbad waren durch den Gen. Abg. de Witte, bzw. durch den Genossen Wondrak, vertreten. Der Bund deutscher Gewerkschaften hatte Gen. Abg. Schäfer entsandt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung.

Stand unserer Konsumgenossenschaften,

sprach Gen. Lorenz (Karlsbad). Er führte im einzelnen aus, daß der Stand unserer Konsumgenossenschaften im abgelaufenen Berichtsjahre fühlbar beeinflusst worden ist von der furchtbaren Wirtschaftskrise. Es ist unsere Aufgabe, der Wirtschaftsanarchie im Kapitalismus die soziale Planwirtschaft der Verbraucher gegenüberzustellen. Die Abhängigkeit der Konsumenten vom Industriekapital muß durch eine vermehrte Förderung der eigenen Produktion der Genossenschaftlichen allein können insofern ihrer relativ geringen Wirtschaftsumfanges die Schäden, welche die Krise der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung zugeführt hat, nicht aus eigenem Besten. Die jetzigen Umwälzungen, die sich zwangsläufig aus der wirtschaftlichen Depression heraus ergeben, stellen uns vor schwierige Aufgaben. Es gilt, die Regie der Konsumgenossenschaften in ein gesundes Verhältnis zum Umsatz zu bringen.

Was den finanziellen Stand der Konsumgenossenschaften anbelangt, so kann im abgelaufenen Berichtsjahre von einer erfreulichen Besserung gesprochen werden. Gen. Lorenz führte dann an, in welchen Punkten eine Verbesserung anzustreben ist. Hier ist auf die Einzahlung der Genossenschaftsanteile beim GEC-Verband hinzuweisen. Auch die Außenstände bei den Mitgliedern sind in einem Maße gestiegen, das zu ersten Befürchtungen Anlaß gibt, wenn nicht Vorkehrungen getroffen werden, welche diesen Uebelstand beseitigen. Die eigenen Mittel der Konsumgenossenschaften weisen eine Vermehrung auf. Die Summarbilanz unserer verbandangehörigen Konsumgenossenschaften zeigt einen Überschuss. Die Bruttoerträge sind gestiegen, die Regie jedoch ebenfalls. Die Zuweisungen zum Reservefonds sind, was ihren relativen Verbandsdurchschnitt anbelangt, noch durchaus ungenügend. Unsere Konsumgenossenschaften konnten im verfloffenen Berichtsjahre erfreulicherweise die runde Summe von 15 Millionen K. an ihre Mitglieder rückvergüten. Um unsere gesamte Propaganda-tätigkeit in einem höheren Maße nutzbar zu machen, ist eine gewisse Einheitlichkeit wünschenswert. Auch unsere Fachberatungsstelle für die lokalen Eigenbetriebe unserer Konsumgenossenschaften kann auf befriedigende Ergebnisse ihrer Arbeit hinweisen. Der Bezug unserer Presse ist namhaft gestiegen.

Das zweite Referat über den

Ausbau einer Kreditorganisation

stand im Mittelpunkt der Tagung. Gen. R. Fischer wies darauf hin, daß es eine unserer wichtigsten Aufgaben sei, dafür zu sorgen, daß die Privatwirtschaft auch hinsichtlich ihres Wirkens in der Geldwirtschaft zurückgedrängt werden müsse. In den meisten Verbänden, die dem Internationalen Genossenschaftsbunde angeschlossen sind, bestehen Kreditzentralen, die die aufgesparten Mittel der Verbraucher im eigenen Wirkungskreise wieder als Kredit den Mitgliedern zugänglich machen. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, kann damit umschrieben werden, daß es den Verbrauchern durch diese Organisation ermöglicht wird, unabhängig von der privaten Geldwirtschaft ihre berechtigten Kreditwünsche zu befriedigen. Gen. Fischer führte aus, daß wir uns hinsichtlich der juristischen Form der zu schaffenden Kreditorganisation die Genossenschaft mit beschränkter Haftung wählen werden. Er stellte sich die Kreditorganisation so vor, daß sie in Prag zentralisiert sei und im Verbreitungsgebiete des Verbandes Zweig- oder Filialstellen hat. Durch diese Kreditorganisation wird es uns gelingen, die überschüssigen Gelder jener Menschen zu erfassen, die heute noch mangels einer eigenen Kreditorganisation der Verbraucher ihre Gelder in privaten Instituten einlegen. Die Genossenschaftsbewegung wird mit aller Vorsicht an die Errichtung dieses Werkes schreiten. Gen. Fischer stellte den Antrag, der Verbandsvorstand solle beauftragt werden, einer eigenen Kreditorganisation auf genossenschaftlicher Grundlage den praktischen Boden zu bereiten. Dieser Antrag wurde nach einer kurzen Debatte einstimmig angenommen.

Wirtschaftsprogramm des Internationalen Genossenschaftsbundes

sprach Gen. Dietl (Prag). Er führte aus, daß mit dem Wachsen der Genossenschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern sich die Konkreteisierung eines Wirtschaftsprogrammes immer mehr als Notwendigkeit einstellt. Seit dem internationalen Genossenschaftstongress in Stockholm hat sich der Internationale Genossenschaftsbund bemüht, die Meinungen der Genossenschaftler aller Länder zu generalisieren. Heute steht die Angelegenheit so, daß sich der Internationale Ge-

nosenschaftsbund auf die Verfassung eines Aktionsprogramms beschränkt hat. Gen. Dietl besprach insbesondere den Programmentwurf des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der weitgespannte Rahmen dieses Programms und seine präzisen Formulierungen machen es geeignet, als das Programm der gesamten Internationalen gelten zu können. Gen. Dietl stellt den Antrag, daß der Genossenschaftsrat die Fassung des Wirtschaftsprogrammes, so wie sie vom reichsdeutschen Verband vorgeschlagen sei, zur Annahme empfehle. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum Schlusse seiner Ausführungen wandte sich Gen. Dietl gegen die Gefahr, die den Verbraucher durch die Steigerung des Preises des Brotgetreides erwachse. Agrarische Nachgiebigkeit hat dazu geführt, daß sich das Angebot der Getreidesorten verkleinert, was im Widerspruche zur guten Ernte des vorigen Jahres ist. Er wies mit aller Deutlichkeit auf die Spekulation agrarischer Kreise hin. Wir müssen der Deffektivität gegenüber unseren

Die Generalversammlung des Gec-Verbandes.

Am Sonntag, den 17. Mai l. J., tagte in Karlsbad die diesjährige Generalversammlung der Großeinkaufs- und Produktionszentrale unserer Konsumgenossenschaften, des GEC-Verbandes. Der Vorsitzende Gen. Lorenz (Karlsbad) begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste. Die deutsche sozialdemokratische Kreisorganisation Karlsbad war durch Genossen Wondrak, der Bund deutscher Gewerkschaften durch Abg. Gen. Schäfer vertreten. Die Generalversammlung war von 70 Genossenschaften mit 108 Delegierten besetzt worden.

Den Bericht des Vorstandes erhaltete Gen. Kreißl. Er legte einleitend u. a. dar, daß die abschüssige Wirtschaftslage beinahe aller europäischen Staaten auch auf die konsumgenossenschaftliche Wirtschaft ihren Einfluß genommen hat. Immer mehr erweist es sich, daß die Wirtschaft unseres Landes von jener der Nachbarländer abhängig ist. Auf den unverantwortlichen Handelskrieg der Hochscholowski mit Ungarn eingehend, wies er auf die enormen Schäden hin, die eine von großagrarischem Interesse einseitig beeinflusste Wirtschaftspolitik der Lebenshaltung breiter Schichten der Verbraucher gebracht hat. Wir verlangen die Schaffung von Handelsverträgen mit den für die gegeben; während Insolvenzen und Konkurse in noch nie gesehener Höhe an der Tagesordnung waren, hat keine einzige verbandangehörige Konsumgenossenschaft dieses Landes bedeutungsvollen Ländern. Die großagrarisches Handelspolitik der jüngsten Zeit hat es mit sich gebracht, daß trotz allen rüchläufigen Bewegungen der Preise des Weltgetreidemarktes bei uns die Roggenpreise unverantwortlicher Weise in die Höhe getrieben worden sind. Die Landwirtschaft kann auf die Dauer nicht ausschließlich auf Kosten der Lebenshaltung der industriellen Bevölkerung gefördert werden; sie wird sich zu einer vernünftigen Rationalisierung bequemen müssen. Unserer Industrie geht ein Absatzgebiet nach dem anderen verloren, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ist auf einem unerhörten Tiefstand angelangt. Zur gleichen Zeit, da man durch beherrschende Maßnahmen und Einkufnahme durch verschiedene Verbilligungsaktionen eine begründete allgemeine Preisreduktion fördern wollte, haben dieselben Faktoren durch Steuer- und Tarifierhöhungen diese Preisreduktion zum großen Teil wieder illusorisch gemacht.

Die allgemeine Wirtschaftslage ist noch durchaus bedrohlich. Gewisse saisonbedingte unbedeutende Abschwüchungen der Auswirkungen der Krise haben keinen Einfluß auf die gesamte Wirtschaftsdpression. Die anarchischen Verhältnisse der kapitalistischen Profitwirtschaft bedingen eine weitere Vertiefung des Wellentals der Krise.

Unsere Konsumgenossenschaften haben während dieses trübsamen Ablaufes der Dinge Beweise ihrer wirtschaftlichen Tüchtigkeit

Protest in dieser Angelegenheit zum Ausdruck bringen.

Auf Antrag des Gen. Dietl wurde die folgende Entschließung nach einer regen Debatte einstimmig angenommen:

„Der Genossenschaftsrat unseres Verbandes wendet sich gegen die Veruche, die Preise der Waren des täglichen Bedarfs, insbesondere des Brotgetreides, zu erhöhen. Ebenso entschieden wendet er sich gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer, die geeignet sind, den Verbrauch zu verringern, wodurch die Wirtschaftskrise noch verschärft wird. Die Konferenz stellt fest, daß die sprunghafte Steigerung der Roggenpreise eine Begleiterscheinung der einseitigen Wirtschaftspolitik der agrarischen Kreise bildet, die auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht die notwendige Rücksicht nimmt. Sie begrüßt deshalb alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Erhöhung des Brotpreises zu verhindern und bekämpft neuerlich zu den wiederholt erhobenen wirtschaftlichen Forderungen der organisierten Verbraucher.“

Damit war die Tagesordnung erschöpft und der Genossenschaftsrat wurde um 5 Uhr geschlossen.

*

sumgenossenschaft zu diesen billigen, die Wirtschaft als Gesamtkörper schädigenden Ausfuhrmitteln greifen müssen; während eines allgemeinen Niederganges des Handels steigerten die Konsumgenossenschaften im verfloffenen Berichtsjahre ihren Umsatz. Auch der GEC-Verband kann auf eine Umsatzvermehrung auf rund 24 Millionen Kronen hinweisen.

Auf Einzelheiten zu sprechen kommend führt Gen. Kreißl an, daß die Kohlenpreise, welche vom GEC-Verband im verfloffenen Berichtsjahre an seine Beschäftigten ausgezahlt wurden, gestiegen sind. Die Reserven haben eine wesentliche Stärkung erfahren. Au reichlichen Investitionen wurde an verschiedene Erweiterungen der Eigenbetriebe geschritten. In beinahe allen Betrieben können wir eine mengenmäßige Steigerung des Absatzes verzeichnen. Der Anteil der eigenen Erzeugnisse am Gesamtumsatz bezifferte sich im verfloffenen Berichtsjahre auf 17 Prozent.

Gen. Kreißl verweist auf die Notwendigkeit einer erhöhten Propagandatätigkeit. Er kritisiert das Verhalten der Kommunisten, die durch Populierung der genossenschaftlichen Produkte die private Wirtschaft direkt fördern.

Nach gewaltigen Aufgaben haben uns bevor. Wir müssen von der Macht, die wir als organisierte Verbraucher besitzen, den richtigen Gebrauch zu machen verstehen, dann wird es uns gelingen, den Nachbereich genossenschaftlicher Plan- und Gemeinwirtschaft erfolgreich zu erweitern.

Den Bericht des Aufsichtsrates brachte Genosse Lorenz (Karlsbad).

In der Debatte sprach der kommunistische Delegierte Köhler, der sich über eine angebliche ungerechtfertigte Stützung der abgetretenen Leitung der Reichsberger Genossenschaft durch den Gec-Verband beschwerte und zu wissen wünschte, was der Gec-Verband, von dem jetzt ihr Schicksal abhängt, in Zukunft zu tun gedenke. Gen. Rudolf Fischer erteilte ihm die gebührende Antwort und sagte, daß die jetzige kommunistische Leitung mit ihren genossenschaftlich unantastlichen Methoden zu beweisen haben werde, wie sie die Reichsberger Genossenschaft wieder hochbringe „Wie Rhodus, hic salta!“

Nach einem Referat des Genossen R. Fischer über die Zweckmäßigkeit der Aufstellung einer Stabilisierungsbilanz wurde diese einstimmig beschlossen.

Die Anträge des Aufsichtsrates auf Genehmigung der Jahresrechnung, Entlastung des Vorstandes und Verteilung des Gebahrungüberschusses wurden einstimmig genehmigt.

Bei den Wahlen wurden die auscheidenden Vorstandsmitglieder Dietl und Hackl und die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Lorenz, Knobloch und Sokoll wiedergewählt.

Nach vierstündiger Dauer wurde die Generalversammlung um 1 Uhr mittags geschlossen.

Krise der österreichischen Regierung.

Wegen der beabsichtigten Kürzung der Beamtengehälter.

Wien, 19. Mai. (Eigenbericht.) Die Pläne der Regierung, eine Verdienststeuer einzuführen und die Beamtengehälter zu kürzen, wobei zunächst daran gedacht ist, die außerordentlichen Zulagen von je 30 Prozent eines Monatsgehältes im Sommer und im Winter abzuschaffen, haben bei den Großdeutschen, die unter der Beamtenerschaft ziemlich Anhang haben, große Aufregung hervorgerufen und heute abends haben sowohl der großdeutsche Abgeordnetenverband wie ihre Parteileitung beschlossen, diese Pläne abzulehnen, und haben der Regierung vorgeschlagen, statt dessen ein Jindholymonopol und ein Benzinmonopol sowie eine Ledigensteuer einzuführen.

Die Regierung hat das für Kenntnis genommen, allerdings ernste Bedenken dagegen vorgebracht, ob damit das Auslangen gefunden werden könnte. Die Situation ist kritisch, weil die Großdeutschen in dieser Frage schwer nachgeben können, zumal sie bei allen Wahlen wegen ihrer

schwächlichen Haltung in diesen Fragen von den Beamten fallen gelassen werden.

Die Regierung hat, wie sie mitteilt, den Vizekanzler Schöber telephonisch aufgefordert, möglichst bald aus Genf zurückzukommen, denn vor seiner Rückkunft wird kaum eine Entscheidung getroffen werden können. Abends waren bereits Gerüchte verbreitet, daß der großdeutsche Minister Dr. Schürff seine Demission angemisdet hätte. Diese Gerüchte sind zwar unrichtig, jedenfalls ist die Situation aber ziemlich kritisch.

Die Hunderttausend im Streik.

Lille, 19. Mai. Nach den amtlichen Meldungen streikten gestern in den Textilbezirken Roubaix-Tourcoing von insgesamt 125.000 Arbeitern rund 107.000 Mann. Heute wird eine mäßige Zunahme der Streikenden erwartet. Der Streikverlauf war bisher ruhig. Polizei und Gendarmerie sind in Bereitschaft.

Der Panzerkreuzer-Läufing geht vorzeitig ins Wasser.

Berlin, 19. Mai. (Eigendruck.) Bei der heutigen Taufe des neuen Panzerkreuzers, der den Namen „Deutschland“ erhielt, hat Reichslanzler Brüning zwar betont, daß das Deutsche Reich dem Frieden dienen wolle und daß das Panzerkreuzer nur das geringe Maß von Sicherheit verbürge, das dem deutschen Volk gebühre, aber die Begleitumstände, unter denen die Taufe vollzogen wurde, geben zu lebhaften Bedenken Anlaß. Offiziell wird mitgeteilt, daß 36.000 Menschen dem Stapellauf beigewohnt hätten. In der Reichspresse begrüßt man das Ereignis als Zeichen dafür, daß Deutschland an die Traditionen der Vorkriegszeit anknüpfe.

Wenn also auch ohne Zweifel die Wehrkraft des deutschen Volkes friedfertig ist und keinen neuen Krieg will, so kann doch durch besondere Betonung, mit der der Stapellauf gefeiert wurde, und durch die Kommentare der Reichspresse ein ganz anderer Eindruck im Ausland entstehen. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß an den Bau des Panzerkreuzers sich eine Reihe politischer Kräfte knüpfen und, da noch weitere fünf Stück dieser Gattung gebaut werden sollen, die insgesamt eine halbe Milliarde Mark kosten würden, so dürfte es auch in Zukunft immer wieder zu politischen Konflikten kommen.

Im übrigen hat sich bei dem Stapellauf ein etwas peinlicher Zwischenfall ereignet. Noch bevor der Reichspräsident seinen Tauffpruch herlesen konnte, lösten sich während der Rede des Reichslanzlers einige Taue und das Schiff sollte vorwärtsrücken und vorzeitig ins Wasser. Der Reichspräsident konnte das Schiff mit der üblichen Zeremonie nicht mehr taufen und mußte ihm auch den Tauffpruch nur nachsehen, als es bereits auf dem Wasser war.

Blamable Rationalisierung. Wofür die Unionbank Geld hat.

Unter denjenigen Unternehmungen, die am meisten über Wirtschaftskrise und schlechte Geschäfte klagen, befinden sich auch die Banken. Da es interessant, einmal an einem praktischen Beispiele darzutun, wofür unsere Großbanken Geld ausgeben. Aus den Berichten über die Generalversammlung der Unionbank wissen wir, daß die Direktion dieses Instituts in der letzten Zeit auf einem Gebiete, auf dem sie eine uneingeschränkte Autorität zu besitzen glaubt, eine arge Blamage erlitten hat. Es ist dies das Gebiet der Rationalisierung der Bank.

Die alle Banken hat auch die Unionbank alles daran gesetzt, um ihre Betriebe „durchzurationalisieren“. Die Unionbank hat aber noch ein Uebrigtes getan. Sie hat vor sieben Jahren, also zu einer Zeit, als die übrigen Bankdirektionen auf dem Gebiete der „wissenschaftlich“ durchgeführten Ausbeutung ihrer Angestellten die ersten Gebversuche machten, einen großzügigen Rationalisierungsplan beschlossen. Zu dessen Durchführung wurde, sozusagen als besondere Vorstufe, aus Deutschland Direktor Brand berufen, der nun also seine Fähigkeiten erweisen sollte.

Sieben Jahre Rationalisierung bedeuteten für die Angestellten der Unionbank: Durchführung eines planmäßig angelegten Personalabbaus, Verschlechterung ihrer sozialen Stellung, vorzeitige Pensionierungen, Einstellung von miserabel gezahlten Hilfskräften, maßlose Steigerung des Arbeitstempo, mit einem Worte eine mit allem Komfort der neuesten Arbeitsmethoden durchgeführte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Die Bank hat Herrn Brand jedes Jahr Hunderttausende an Gehalt und Remunerationen gezahlt, hat Maschinen und Formulare teuer bezahlen müssen, ein Organisationsbüro eingerichtet, das allein Millionen verschlungen hat. Nach sieben Jahren trat das Resultat ein: Herr Brand, der großartige Reorganisator, hat abgewirtschaftet; dabei muß er zum Abbau anderer berufen war, sich selbst abbauen lassen. Dreiviertel Millionen Abfertigung und eine Jahrespension von 100.000 Kronen sind der Lohn für seine Tätigkeit, auch nachdem er sich nicht bewährt.

Was tut nun die Direktion der Unionbank? Schon hat sie sich einen neuen „Reorganisator“, diesmal aus Wien, verschrieben. Herr Direktor Buchsbaum soll das, was nicht Kappte, in Ordnung bringen. Wiederrum wird in den Betrieb Unruhe gebracht, was gestern gut war, ist heute falsch, Abteilungen verschwinden oder werden zusammengesetzt, eine neue Arbeitseinteilung geschaffen, die Rationalisierung (die Ausbeutung), auf neue Grundlagen gestellt, mit dem ersichtlichen Zwecke, neue Opfer unter den Angestellten zu schaffen. Denn Herr Buchsbaum dürfte nicht billiger als Herr Brand sein und da sich dieser nicht „rentierte“, wird die Direktion bemüht sein, daß es wenigstens bei jenem der Fall ist.

Initiator dieser neuesten Wendung ist der leitende Direktor der Unionbank, Ludwig Neumann. Wie glauben, daß diesmal nicht erst die biblische Zeit von sieben Jahren vergehen wird, um auch das System Neumann-Buchsbaum abgesturmt zu führen. Dafür werden drei Halbjahre sorgen: zunächst die genannten beiden Herren selbst, dann aber die Angestellten, die sich berechtigterweise gegen diesen Reorganisationsantrag wenden werden und nicht zuletzt die weite Öffentlichkeit.

Henderson Präsident der Abrüstungskommission

Genf, 19. Mai. Der Völkerrat hat in geheimer Sitzung dem britischen Außenminister Henderson die Übernahme des Vorsitzes auf der Abrüstungskonferenz angeboten. Henderson hat sich zur Uebernahme des Vorsitzes bereit erklärt. Ueber den Ort der Konferenz ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Es gilt aber nach wie vor als ziemlich sicher, daß die Konferenz in Genf stattfinden wird. Die endgültige Beschlussfassung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Anleihe nur für Konvertierungszwecke.

Der Standpunkt der sozialistischen Parteien durchgesetzt.

Prag, 19. Mai. Im Parlament, das heute nach zehnwöchiger Pause wieder zusammentrat, bildete die bevorstehende Auslandsanleihe den ausschließlichen Gesprächsgegenstand. Innerhalb der Koalition fanden unter Vorsitz des Ministerpräsidenten diesbezüglich Beratungen statt, an denen sich auch der Finanzminister beteiligte. Die in diesem Zusammenhang ausgetauschten Meinungen, daß nach Analogie der früheren Pitta und Omica ein fändiger Sechzehnerausfluß der Koalition gebildet werden sollte, sind natürlich falsch.

Nach unseren Informationen soll die neue Anleihe nicht, wie ursprünglich geplant, 75, sondern lediglich 50 Millionen Dollar betragen und ausschließlich zur Konvertierung der amerikanischen Anleihen aus den Jahren 1922 und 1924 dienen, die mit acht Prozent verzinst sind. Die neue Anleihe wird unter Berücksichtigung des niedrigeren Emissionskurzes und der Nebenspesen etwa auf 6,5 Prozent zu stehen kommen. Sie bedeutet daher eine Ersparnis von etwa 20 Millionen K jährlich. Ueberdies bietet sie den Vorteil, daß sie nach fünf Jahren ohne jede Aufzahlung zurückgezahlt werden kann. Sie läßt also die Möglichkeit offen, schon nach Ablauf von fünf Jahren bei günstigeren Verhältnissen auf dem Geldmarkt eine neuerliche Konvertierung durchzuführen.

Die sozialistischen Parteien setzten sich in den vorausgehenden Verhandlungen vor allem dafür ein, daß die neue Anleihe auf keinen Fall zu anderen Zwecken als für die Konvertierung der achtprozentigen Anleihe verwendet werde, daß sie also auch nicht höher sei, als zu dieser Konvertierung unbedingt nötig. Diesem Standpunkt wurde auch Rechnung getragen. Statt der geplanten 75 Millionen werden nur 50 Millionen Dollar ausgenommen werden.

Am Abend hatte die Vorlage die Wirtschaftsminister passiert, worauf das Hauspräsidium in einer Sitzungspause die nächste Plenarsitzung bereits für morgen vormittags einberief, um die diesbezügliche Regierungsvorlage noch morgen auslegen und zuweisen zu können.

Nach den bestehenden Dispositionen soll die Vorlage vom Abgeordnetenhause am Freitag fertiggestellt und sofort an den Senat weitergeleitet werden, der sie im Laufe der nächsten Woche erledigen soll. Der Vertrag mit der Bankengruppe soll bereits nächsten Donnerstag abgeschlossen werden.

Die Wirtschaftsminister beschäftigten sich heute noch mit der Vorbereitung des weiteren Arbeitsprogramms für die Zeit vor den Ferien. Die Aussprache wird noch im Laufe dieser Woche fortgesetzt werden.

Wie wir erfahren, wird die Ernährungs- und die Milchaktion neuerdings bis Ende Juni verlängert werden. Nach den heutigen Beratungen der Wirtschaftsminister wird sich noch der nächste Ministerrat mit dieser Angelegenheit zu befassen haben.

Die Plenarsitzung des Hauses erledigte nach kurzer Debatte die Verlängerung des Gesetzes über Zollbegünstigungen bei der Einfuhr von Maschinen, die im Inland nicht erzeugt werden, bis 31. März 1934. In der Debatte brachte ein Kommunist die — ausschließlich für Propagandazwecke bestimmten — Anträge der Kommunisten zur Verlängerung der Krise zur Sprache. Dr. Rofsch (N. W. G.) erklärte, für die Vorlage stimmen zu wollen.

Dann erstatteten die Referenten die Berichte über die Verstaatlichung dreier Lokalbahnen, darunter der Reichenberg-Gablonz-Tannwalder Bahn, worauf die weitere Verhandlung dieses Punktes abgebrochen wurde. Es folgten dann zweite Lesungen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kamen einige Jannunitäten zur Verhandlung, worauf noch Genosse Tomasek als Vorsitzender des Augenausschusses und Malypetr auf eine kommunistische Anfrage wegen der Anerkennung Rußlands antworteten und darauf verwiesen, daß diese Angelegenheit derzeit Gegenstand ernster Erwägungen innerhalb der beteiligten Ministerien sei.

Militärlieferungen und deutsche Notstandsgebiete.

Genosse Heeger für entsprechende Berücksichtigung der deutschen Industrie.

Prag, 19. Mai. Der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses setzte heute in Anwesenheit des Verteidigungsministers die Debatte über die Vergabung der militärischen Lieferungen fort und brachte sie zum Abschluß.

Genosse Heeger schilderte ausführlich den Zustand und die große Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten und wies nach, daß diese Notstandsgebiete überhaupt keine Lieferungsanträge bekommen. Er stellte an den Minister die Anfrage, ob es wahr sei, daß bei der Heeresverwaltung ein sogenanntes Lieferungskonfessionarium bestünde, das die Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung übernehme und sie an die einzelnen Firmen verteile. Auch sonst scheint da etwas nicht in Ordnung zu sein. Während die Rüstungsindustrie ungeheuer bei den Heeresaufträgen verdient, erklären die Textilindustriellen, sie könnten zu den vorgeschriebenen Bedingungen und Preisen die Lieferungen nicht durchführen, weil angeblich nicht einmal das Rohmaterial und die Regie geboten würden. Wie könnten dies denn die bevorzugten Lieferanten tun? Wird dort die Einhaltung der Lieferungsbedingungen nicht so streng überwacht oder gibt es noch erfolglos Vergabung Nachtragsaufträge? Hier möchte endlich einmal Klarheit geschaffen werden!

Genosse Heeger fordert die Vergabung von Lieferungen, besonders von Textilien, auf lange Zeit hinaus, um in den Notstandsgebieten eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigen zu können; weiters sollen den Bezirkskommissionen auch Vertreter der Arbeiterschaft; der in Betracht kommenden Betriebe sowie Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen beigezogen werden, zumal ein großer Teil der Unternehmer, die Lieferungen erhalten, die verächtlichen Preisbedingungen durch Lohnabbau auszugleichen versuchen.

Redner befahte sich weiters mit den Bestimmungen über die Einreichung in die Ersatzreserve und zeigte an Hand zahlreicher Fälle deren Unhaltbarkeit auf. Die Kommissionen behandelte die eingereichten Gesuche; z. B. Prokura, ohne Prüfung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, und handelte so gegen den Geist und den Inhalt des Gesetzes. Diese Kommissionen müssen auch durch Vertreter jener Interessengruppen ergänzt werden, für die das Gesetz geschaffen wurde. Genosse Heeger ersucht den Minister, dies im Verordnungswege durchzuführen. In der letzten Zeit haben sich diese Fälle ereignet, daß Soldaten dienstuntauglich wurden. Die ärztlichen Befunde und die Gutachten der Ueberprüfungskommissionen haben in vielen Fällen durch Gebund die Dienstuntauglichkeit festgelegt.

Die einzelnen Sanitätskommandos aber berufen diese dienstuntauglichen Soldaten einfach statt zur Dienstleistung zu Arbeitsleistungen ein. So werden viele junge Menschen ihrem Zivilberuf entzogen und brotlos gemacht, nach einiger Zeit aber wegen Untauglichkeit wieder beurlaubt; dann müssen sie wieder eine neue Einberufung fürchten. Ein solcher Vorgang ist nicht nur unmenslich, sondern auch sinnlos. Genosse Heeger ersucht den Minister, zu veranlassen, daß solche Dinge nicht

mehr vorkommen. Ebenso wurden in der letzten Zeit

viele erkrankte Soldaten einfach nach Hause geschickt. Die Eltern, die oft selbst nichts haben, sollen dann die Sorge übernehmen, den Kranken auf ihre Kosten wieder herzustellen. Eine derartige Rücksichtslosigkeit kam nicht einmal im alten Oesterreich vor.

Genosse Heeger fordert auch hier energische Schritte.

Minister Dr. Biskupitz

antwortete daraufhin ausführlich auf die in der Debatte vorgebrachten Wünsche und Beschwerden und erklärte, er werde nach Ueberprüfung des Angeführten dahin wirken, daß Unrecht vermieden werde. Bei der Vergabung von Lieferungen lasse sich die Militärverwaltung in erster Linie von sozialen Rücksichten leiten. Seit 1. Jänner habe die Militärverwaltung Lieferungen für 247,8 Millionen vergeben; davon entfallen auf Textilien 51,9 Millionen, auf Schuhe 25 und auf Motorfahrzeuge 14 Millionen. Die Militärverwaltung gebe durchaus gerecht und ohne jede Bevorzugung gegenüber der deutschen Industrie vor.

Der Minister referierte dann über den Stand der Vorlage über die Längerdienenden und über die Einrechnung der Präsenzzeit und besprach dann die Praxis bei der Berücksichtigung von Gesuchen um Verschiebung der Waffenübungen. Ein Erlaß über die Regelung der Arbeitsbedingungen der händigen Arbeiter der Militärverwaltung werde in der nächsten Zeit veröffentlicht werden.

Mit Rücksicht auf die letzten Pensionierungsfällen habe das Ministerium die bestehenden Vorschriften überprüft und sie noch so erweitert, daß künftig eine Wiederholung solcher Fälle unmöglich sein werde. Bewilligungen zur Stellung außerhalb des zuständigen Bezirkes sollen sehr rigoros gehandhabt werden. Künftig werden bei der Stellung die Kriterien auch noch gewogen und ihr Umfang gemessen werden. Zur weiteren Verbesserung des Pensionenverfahrens werde eventuell eine Änderung des Wehrgesetzes notwendig sein.

Papierarbeiter-Konferenz in Prag

Am Sonntag, den 17. Mai d. J. versammelten sich im Hotel Monopol in Prag 30 Delegierte der Papierarbeiter aus der Tschechoslowakei und Oesterreich samt den Vertretern des Russiger Fabrikarbeiterverbandes, des Prager Verbandes der chemischen Arbeiter und des Wiener Verbandes zu einer gemeinsamen Konferenz. Zweck der Konferenz war, das bereits bestehende System der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu verbessern. Diese Aufgabe ist der Konferenz in vollem Maße gelungen. Es konnten nicht nur jene Maßnahmen beschlossen werden, die eine ständige und verlässliche gegenseitige Information über alle wesentlichen Arbeiterfragen sichern, sondern es wurden auch die Möglichkeiten einer weitgehenden praktischen Zusammenarbeit der betreffenden Organisationen bedeutend verbessert.

Die Papierarbeiter haben damit einem Gebot der Zeit entsprochen. Wenn sich in der Papierindustrie Unternehmungen und Konzentrationen über die Landesgrenzen hinaus erstrecken, dann ist es auch unerlässlich, daß die Arbeiter dieser Unternehmungen sich zu fester und zuverlässiger Zusammenarbeit bereithalten. Wir freuen uns, daß die sehr schön und einträchtig verlaufene Papierarbeiter-Konferenz diesem Bedürfnis voll Rechnung getragen und damit eine wesentliche Stärkung der Arbeitervertretung erreicht hat.

Rechnungsabluß Böhmens nicht genehmigt!

Die Finanzkommission der Landesvertretung gegen die Selbstherrlichkeit der Bürokratie. — Abrechnung mit Kubat.

Prag, 19. Mai. Heute fand eine Sitzung der Budgetkommission der böhmischen Landesvertretung statt, die als wichtigster Programmpunkt den Jahresabluß für 1930 zu behandeln hatte. Nach dem Referate des Finanzreferenten Doktor Kubat sprachen die Genossen Dr. Vanger, Fischer, Asand und Grund gegen die Genehmigung des Rechnungsabchlusses. Ihren Darlegungen gelang es, auch den Großteil der übrigen Parteien zu überzeugen, daß der Herrschaftsbüffel der Bürokratie ein ordentliches Verhalten und eine gesetzliche Kontrolle der Landesverwaltung unmöglich macht.

Genosse Fischer verwies in diesem Zusammenhange auch auf den unwürdigen Zustand, daß Antworten des Landespräsidenten, auch wenn sie effektive Anordnungen enthalten, debattelos angedrückt werden müssen. Er kam schließlich auf den beruhigenden Trampel der Präsidenten Kubat zu sprechen. Wenn Auswüchse bei den Tramps vorgekommen seien, so habe man auch ohne Erlaß auf Grund der bestehenden Gesetze die Möglichkeit zur Beseitigung gehabt. Der Erlaß, insbesondere seine Durchführung, schüttele aber das Kind mit dem Bade aus. Die Bürokratie sei entweder ganz passiv oder versalle selbst in Erzeße. Gegen dieses System richte sich unser Botsam, wenn wir die Genehmigung des Jahresabchlusses verweigern.

Genosse Grund ergänzte die Ausführungen Fischers durch Anführung einiger charakteristischer Beispiele und schloß damit, daß wir für diese Art der Verwaltung durch Genehmigung

des Rechnungsabchlusses nicht die Verantwortung übernehmen wollen.

Schließlich wurde der Antrag des Landesvertreters Dr. Wandl angenommen, den Rechnungsabluß wieder an den Landesauschuß zurückzuweisen.

Weiters wurden drei Anträge unserer Fraktion verhandelt mit dem Ergebnis, daß alle der Landesvertretung zur Annahme empfohlen werden. So soll antragsgemäß der Personalaufwand für die provisorischen Fachlehrer an den einjährigen Lehrkursen der Bürgerschulen durch das Land übernommen werden. Im Falle der ganze Aufwand vom Lande nicht getragen werden könnte, sollen die betroffenen Gemeinden entsprechend subventioniert werden. Das Land soll keine Einwendungen machen, wenn den Volkshullehrern, welche zur Ablegung der Bürgerschulprüfung eine Hochschule oder Fachkurse besuchen, nach erfolgreicher Prüfung der Erlaß des Gehaltes für die Zeit eines angemessenen Urlaubes erteilt wird. In besonders rücksichtswürdigen Fällen werden darauf Vorschüsse gewährt. Der Regierung wird empfohlen, das Gesetz zur Regelung der Entlohnung für überzählige Stunden und der nicht obligaten Unterrichtsstunden zu ändern.

Im Jahre 1931 soll aus den Ersparnissen ein Betrag von 500.000 Kronen für die Aufbesserung der Remunerationen für nicht obligate Gegenstände zur Verfügung gestellt werden. Im Jahre 1932 ist ein Betrag von 1.500.000 Kronen im Landesbudget für obige Zwecke einzustellen.

An alle Abonnenten und Koiporteur!

Da nach dem Tarifvertrag der Buchdrucker am Pfingstmontag im Setzungsgerbe nicht gearbeitet werden darf, entfällt am Dienstag, den 26. Mai, unser Blatt und erscheint die nächste Folge unseres Blattes erst wieder am Mittwoch, den 27. Mai 1931.

Protestversammlung gegen den Rubat-Erlaß aufgelöst.

Riefenaufgebot der Polizei.

Bestern abends fand im Garten des Weinberger Bräuhauses eine ungemein stark besuchte Protestversammlung gegen den bekannten geschwundenen Erlaß des Landespräsidenten Rubat statt. Der geräumige Garten des Bräuhauses war buchstäblich Kopf an Kopf gefüllt. Nicht nur Tramps im engeren Sinn des Wortes, sondern eine Menge von anderen Leuten, die mit Recht ihre Bürgerfreiheit durch diesen bürokratischen Uebergriff gefährdet sahen, hatten sich eingefunden.

Leider zeigte es sich, daß eine Versammlung dieser Art, mag sie auch von den besten Motiven geleitet sein, nicht die Disziplin zu bewahren vermag, wie etwa eine Versammlung organisatorisch geschulter Arbeiter. Um so mehr als der Vorsitzende Stahn aus der Redaktion der Zeitschrift „Tramp“ die Versammlung in keiner Weise in der Hand hatte und sowohl den Uebergriffen der Redner, als auch der Versammlungsteilnehmer nicht zu steuern wußte.

Nach den Begrüßungsansprachen der veranstaltenden Vereinigungen hielt der Tramp-Louise Miska (der Bagabund Miska) eine Ansprache, die im ganzen eine kommunistische Propagandarede war, trotzdem vorher lebhaftes Zwischenrufen laut geworden waren: „Wir wollen keine Politik! — Fort mit der Politik!“

Bei der Ansprache des zweiten Redners Bočan kam es dann, trotz der Mahnung des schwachen Vorsitzenden, zu solchen Kundgebungen, daß der Regierungsvertreter die Versammlung für aufgelöst erklärte. Daß dieser Herr dabei in aller Öffentlichkeit erklärte: „Das ist keine Versammlung.“

In einem Steinbruch bei Frittlingen (Württemberg) sind durch einen verspätet losgehenden Sprengschuß fünf Personen schwer und vier leicht verletzt worden. Einer der Verunglückten ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen. Bei Felsprengungen in einem Steinbruch bei der Gemeinde Rosogovo (Bezirk Mukosovo) stürzte der Arbeiter Jura Pap in einen 30 Meter tiefen Abgrund. Pap, der Vater von vier Kindern war, konnte nur mehr als Leiche geborgen werden.

Lobesprang eines Abgeordneten. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Auf dem Hauptbahnhof verunglückte der heftige Landtagsabgeordnete Friedrich Jost aus Bermuthshain infolge vorzeitigen Abspringens von dem einfahrenden Zuge tödlich.

Giftschlange oder Sechslange? Aus Berlin wird ganz jargonreuezeitgemäß berichtet: In einem Automatenrestaurant in der Joachimshaler Straße wurde Montag abends ein Engländer, der 40jährige Kaufmann de Mancha, von einer südeuropäischen Giftschlange, die ein Student Schäffler in seiner Wappe bei sich trug, in den Finger gebissen. De Mancha wurde sofort nach dem Krankenhaus geschafft. Wie sich der Vorgang im einzelnen abgespielt hat, bedarf noch der Klärung durch die Kriminalpolizei. Man hofft, bei de Mancha die Folgen des Schlangenbisses zu beseitigen, ohne daß ernsthafte Störungen zurückbleiben. Lebensgefahr scheint für den Gebissenen nicht mehr zu bestehen.

Beil sie ihn „Kommunisten“ nannten... Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich in einer Lehranstalt in Frankfurt a. M. Während einer Pause verfehlte ein Schüler seinem Kameraden, mit dem er im Klassenzimmer verblieben war, mit einem Beil einen Schlag auf den Kopf. Darnach begab er sich zum Direktor und meldete den Vorfall. Er gab an, daß er von seinen Mitschülern das ganze Jahr hindurch gehänselt worden sei, u. a. habe man ihn einen Kommunisten genannt. Durch diese Tat habe er sich rächen wollen. Die Verlesung des Schülers war nur leichter Natur. Nach Anlegung eines Verbandes konnte er in die elterliche Wohnung gebracht werden. Der jugendliche Täter, der das Beil in seiner Altentafel mitgebracht hatte, wurde, da er einen verstorbenen Eindrud machte, auf Veranlassung des Schularztes in eine Nervenklinik gebracht.

Das Ende der alten Münzkronenmünzen. In Kremnitz werden in der Münzanstalt die neuen Zehnkronen-Nickelmünzen erzeugt. Bisher sind 9 Millionen Stück geprägt worden und in der weiteren Woche soll noch 1 Million Stück geprägt werden, so daß insgesamt 10 Millionen Stück mit 1. Juli in Umlauf gesetzt werden. Mit dem 1. Juli werden die alten Münzkronenmünzen aus dem Verkehr gezogen und werden bis Ende dieses Jahres nur bei der Nationalbank und ihren Filialen sowie bei den Postämtern umgetauscht werden.

Ein kommunistisches Waffenlager. Vor einigen Tagen wurde in München auf dem Boden eines Rietschankes im Nordwesten der Stadt ein Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt. Das Lager, das nach den polizeilichen Ermittlungen für kommunistische Umsturzwecke bestimmt war, bestand aus einem Maschinengewehr, mehreren Infanteriegewehren, und einigen Riflen Munition. Festgenommen wurden acht Personen. Gegen fünf Personen, die der SPD angehören, ist Haftbefehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat erlassen worden.

lung, das ist ein Gesindel (Läza) verdient, immerhin festgehalten zu werden.

Es versteht sich von selbst daß die bloße Erwähnung des Namens Rubat einen Sturm der Erbitterung auslöste. Dieser mittelmächtige Bürokrat hat sich durch seinen dreieinigen bürokratischen Uebergriff zu einer Art Unsterblichkeit verholfen — freilich zu einer sehr fragwürdigen. Er paradiert jetzt als Repräsentant unserer Demokratie in ausländischen Zeitblättern.

Die Polizei war etwa in der Stärke zweier Kompanien zur Stelle. Daß der Gummimittel nach Auflösung der Versammlung sein Wort zu sprechen hatte, bedarf keiner Erwähnung. Daß aber selbst die Fochstraße, etwa 25 Minuten vom Versammlungsort entfernt, von einem Polizeikorps gesperrt war und nur die Journalistenlegitimation das Passieren ermöglicht — das ist schon höhere Demokratie. Daß aber beim Keinen deutschen Theater und Museum nochmals ein Zug Säuglinge Bereitschaft hielten — das ist der Gipfelpunkt der Demokratie.

In Preußen lebte einmal ein König — es war der Vater jenes Friedrich, den man den „Großen“ nennt. Dieser König pflegte seine Untertanen durchzuprügeln. Und wenn sie davonliefen, ließ er sie von seinen „Langen Aerls“ einfangen und prügelte sie erst recht, mit den Worten „Lieben sollt ihr mich, lieben, nicht fürchten.“

Gottlob, daß diese finsternen Zeiten vorbei sind! Wir leben in einer freien, einer demokratischen Republik.

Drei mit Pistolen bewaffnete Personen drangen Dienstag in der Nachmittagsstunde in die Geschäftsräume der Kommerz- und Privatbank, Zweigstelle Cödel (Westfalen) ein. Die Räuber festelten die anwesenden beiden Bankbeamten mit Stricken, sperren sie sodann in einen Nebenraum ein und raubten Geldbeträge in Höhe von 17.000 Mark. Die Eindreher haben das Geld in vier dunkelbraunen Aktentaschen fortgeschafft. Die Ausführung der Tat hat etwa zwanzig Minuten gedauert. Die Täter sind entkommen. Einer von ihnen hatte kurz vor der Tat in der Zweigstelle holländische Gulden gewechselt. Die Bank hat für die Ergreifung der Räuber 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Naturfreundehaus-Eröffnung. Die Ortsgruppe Prešov (Ostslowakei) des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ im Aufzug, erbaute anlässlich des 10jährigen Bestandes ein Schutzhaus am Fuße des Kamena Babe. Dieses Haus ist herrlich gelegen und in 15 Minuten von der Salator-Quelle erreichbar. Am Pfingstsonntag finden die Festlichkeiten statt. Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit der slowakischen Wandergesellen machte es möglich, dieses Bollwerk für die proletarische Bevölkerung zu schaffen. Zu diesen Festlichkeiten sind die Naturfreunde und auch die proletarische Arbeiterschaft herzlich eingeladen. Meldungen wegen Teilnahme und Nachhilfer sind an Hg. Paul Grozwitich, Prešov, Postfach 2, Ostslowakei, zu richten.

Brandkatastrophen in Japan. Zwei neue Großfeuer haben Sonntag in Japan gewütet, das eine in Niigata, wo 70 Häuser zerstört und 9 Feuerwehrleute erstickt und 12 leicht verletzt worden sind, weil eine Dampfmaschine in den Fluh gestürzt ist; das andere brach während des Erdbebenmarktes in Kanakomachi im Bezirk Gunma aus. 14 Personen sind in den Flammen ums Leben gekommen; 30 Schwere und 150 Leichtverletzte sind zu beklagen. Das Feuer entstand in einem Lichtspielhaus während der Vorstellung, der rund 800 Personen, u. zw. zumeist Frauen und Kinder, bewohnten. Es brach eine Panik aus, bei der viele zu Boden getreten wurden.

Postflug über den Ozean. Der irische Piloter James Fitzmaurice, der frühere Fluggenosse von Nahl und Hinesfeld, beabsichtigt am 15. Juni den Ozean in west-östlicher Richtung zu überqueren, um die Durchführbarkeit eines transatlantischen Flugpostverkehrs nachzuweisen. Fitzmaurice will 500 Pfund Post mitnehmen. Im September soll der Rückflug über Afrika und Brasilien erfolgen.

Grund zum Schießen... In der Gemeinde Zolotarewo im Bezirk Chust (Korpathorufland) wurde der Schafhirt Jura Troj, der sich der Wegnahme der Schafe, die auf den verbotenen Gemeindegund übergraben waren, widersetzt, von dem Feldhüter durch einen Gewehrschuß so schwer verletzt, daß sein Zustand hoffnungslos ist.

Hygiene-Ausstellung Dresden. In eine Sonntag-Wandersfahrt nach Dresden veranlaßt der Reichsausschuß des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, im Aufzug, am Sonntag, den 31. Mai und am 1. Juni 1. J. zum Besuche der Hygiene-Ausstellung und des zoologischen Gartens. Einzelplatz ist nicht erforderlich. Die Reisekosten betragen K 65.— mit Mittagstisch K 60.—. Mit der namentlichen Meldung sind K 30.— als Anzahlung zu leisten. — Autobusfahrten zum Besuche der Ausstellung ab Aufzug jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag, Reisekosten K 70.—, mit Mittagstisch K 65.—. Richtorganisierte zahlen K 5.— mehr. Reisebuch drei Tage vor Reise-

Vom Rundfunk

Die heutige Prager deutsche Arbeiterfendung (Vortrag des Abg. Genossen Jaksch: „Wirtschaftsprobleme Mitteleuropas und die Arbeiterchaft“) wurde vom Radiojournal in letzter Stunde in die Zeit von 15.10 bis 16 Uhr verlegt.

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Prag: 11.15 Schallplatten. 12.30 Mittagskonzert. 13.00 Schallplatten. 16.30 Ondrejka-Quartett. 18.20 Deutsche landwirtschaftliche Sendung: Schmidt: Geschichtliche Entwicklung des Obstbaues in Böhmen. 19.30 Aus dem Stadttheater Pilsen: Der alte Bäcker, Opernfragment von Schk. 22.30 Orgelkonzert. — Brünn: 11.15 Schallplatten. 12.30 Mittagskonzert. 17.55 Schallplatten. — Währsch-Ottawa: 11.00 Schallplatten. 12.30 Mittagskonzert. 16.00 Violinkonzert. 17.55 Solistenkonzert. 18.25 Deutsche Sendung: Maria: Verbesserung des Radio-Empfangsapparates. — Regensburg: 11.30 Schallplatten. 17.50 Unterhaltungsmusik. — Berlin: 16.30 Solistenkonzert. — Breslau: 19.00 Solistenkonzert. 19.30 Kammerkonzert. — Frankfurt: 19.45 Richard Wagner-Konzert. 21.00 Folia Galberon de la Barce, zum 50. Geburtstag. — Köln: 20.00 Abendkonzert. — Königsberg: 19.20 Richard Wagner, Faustscher. 20.20 Berliner Lehrergesangsverein. 21.00 Brand, Schauspiel von Hofm. — Leipzig: 19.00 Das Wochenende des Arbeiters. — München: 20.35 Der Richter von Tolomeo, Schauspiel von Calderon. — Wien: 18.10 Die Tüchtigkeit der Frau in der Färberei. 20.00 Chemnitz, Volksoperndirigier. — Rostock: 15.00 Nachmittagskonzert. 21.00 Abendkonzert.

antritt. Auskünfte und Prospekte kostenlos durch die Geschäftsstelle des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, Aufzug, Marktplay 11.

Pfingsttrübe bei den Sparkassen in Prag. Die böhmische Sparkasse, die Prager städtische Sparkasse und die Städtische Sparkasse in Weinberge halten ihre Schalter am Samstag, den 23. d. M. von 8 Uhr bis 11 Uhr im ganzen Umfange offen und bleiben am Pfingstmontag gänzlich geschlossen.

Goethes Vater in Italien. Goethes Vater, der ebenso wie später sein Sohn in seinen Jugendjahren eine italienische Reise unternommen hat, berichtet in seinem sehr sorgfältig geführten Tagebuch aus dem Jahre 1746 von einer abenteuerlich roten Seite, die er in in Neapel beobachtete. Neugeborene Kinder, die vor Empfang der Taufe verstorben waren, wurden bei der Kirche San Maria Maggiore nach in ein gemauertes Loch geworfen, eins über das andere. Das Loch war oben offen, da der Deckel, der ursprünglich darauf gelegen hatte, im Laufe der Zeit zerfallen war. Auch von seltsamem Aberglauben berichtet Goethes Vater. In der kleinen Stadt Rodigo, die unter der Herrschaft Benedigs stand, zeigte ihm der Graf von Rodigo ein Stück Leinwand, auf das eine glühende rechte Hand gedrückt war. Der Graf erzählte ernsthaft, daß vor einigen Jahrzehnten dort eine Bauernfrau sich vor ihrem Tode von ihrem Sohne habe versprechen lassen, daß er, wenn sie gestorben wäre, eine Waise für sie leeren lassen würde, damit sie schneller aus dem Hospiz erlöst würde. Der Sohn hielt dies Versprechen nicht. Da sei ihm nach 24 Jahren nachts die Mutter erschienen und habe dem Schlafenden das Bettuch fortgezogen. Auf der Leinwand des Tuches sei eine glühende Hand abgezeichnet geblieben, und das sei eben dies Stück.

Die gefährlichste Giftschlange der Welt. Ein Exemplar einer unheimlichen Schlangenart befindet sich seit einigen Tagen im Wiener Naturhistorischen Museum. Es ist eine über drei Meter lange „Wia kusjarus, eine Königshutschlange, der Schiedes Sumatras und die gefährlichste Giftschlange der Welt. Ihr Opfer war ein japanischer Schlangengärtner, der nach dem Berichte des Wiener Naturforschers und Arztes Dr. Kopstein von dem Kapitän in das Handgelenk gebissen wurde. Er hatte sich für giftig gehalten, da er schon öfters von kleineren Giftschlangen gebissen worden war, fand aber nach wenigen Minuten unter tierischen Lähmungsercheinungen, Dr. Kopstein, der von den Angehörigen des Gärtners zu spät gerufen worden war, fand die Schlange in einer Riste neben der Leiche und brachte das selten große Exemplar in Alkohol nach Wien. Die Königshutschlange ist nicht nur die giftigste, sondern auch die reizbarste und angreiflichste Schlange. Während die meisten Giftschlangen beim Bissen eines Menschen verkrampfen, richtet sie sich sofort hoch auf und zeigt ihren aufgeblähten roten Hals mit der deutlichen Brillenzeichnung. Sie geht nicht nur auf Menschen, sondern sogar auf Ochsen und Pferde los. Mit Vorliebe verhängt sie auch kleinere Schlangen, besonders die auf Sumatra sehr häufige giftige Hühnerschlange.

Lest den



ARBEITERFUNK

Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S. 42, Alexanderstr. 37.

Offizielles Organ des Freien Arbeiterbundes 4. Teilschlesienwales.

DAS BLATT DER WERTTÄTIGEN BÄSTLER U. HÖRER

Probierheft kostenlos vom Verlag der Neuen Gesellschaft U. S. K. H., Berlin S. 42. Der „Arbeiterfunk“ kann durch die Post durch die Ortsgruppen des Freien Arbeiterbundes, alle Volkshochschulen sowie direkt vom Verlag in Berlin S. 42, Alexanderstr. 37, bezogen werden.

Ärzte und Patienten.

Zustige Anketoten.

Ein Kranker, dessen Leiden zum größten Teil angeblich waren, ließ sich zwar von einem Arzt behandeln, traute ihm jedoch nicht völlig, sondern studierte selbst medizinische Bücher und verordnete sich selbst Medikamente, die in den Büchern empfohlen waren. Da diese Quacksalberrezepte verschiedenlich nachteilige Folgen hatten, verwarnete der Arzt seinen Patienten; alle seine Warnungen waren jedoch nutzlos. Als er den Kranken eines Tages wieder bei den medizinischen Büchern fand, rief ihm der Arzt zu: „Lassen Sie das ein für allemal. Sie sterben sonst gewiß noch an einem Druckschlag.“ Diese Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht; der Kranke fürchtete die Möglichkeit eines Fehlers so sehr, daß er von jetzt ab, auch seinen Büchern nicht mehr traute.

Ein Arzt glaubte mit einem besonderen Echarfsmut begabt zu sein. Bei einem Krankenbesuch traf er einen Fremden, der mit dem Patienten Karten spielte. „Was tun Sie hier, Herr?“ sagte der Arzt zu ihm. „Geben Sie nach Hause, lassen Sie sich eine Ader öffnen. Sie haben keinen Augenblick zu verlieren.“ Der Erschrockene sah wie versteinert auf keinem Platz, halb ohnmächtig drachte man ihn nach seiner Behausung und legte ihn zu Bett. Drei bis viermal ließ ihn der Arzt nacheinander zur Ader und gab ihm hernach ein Brechmittel ein, aber er fand seinen Zustand nur verschlimmert. Am dritten Tage rief man den Bruder des Kranken zum Lande herbei. Als der Landmann im Vorzimmer den Arzt traf, fragte er ihn, was denn seinem Bruder fehle. „Er hat einen heftigen Schlaganfall gehabt“, erwiderte ihm der Arzt. „Glückslicherweise hat er selbst nichts davon gemerkt. Ich traf ihn zufällig an einem dritten Ort und erwiderte es an seinem schliefgezogenen Mund.“ „Zum Teufel!“ rief der Bruder des vermeintlichen Sterbenden aus: „Mein Bruder hat ja schon sechzig Jahre einen schiefen Mund!“ — „Warum hat man mir das nicht früher gesagt?“ rief der Arzt aus. „Ich hätte mir diese Mühe und er sich unnütze Kosten erspart! Meine Schuld ist es nicht!“

Der englische Chirurg Sharp wurde zu einem Mann gerufen, der sich an der Hand verletzt hatte. Als er die Wunde sah, machte er ein ernstes Gesicht und eilte dann davon, um ein erntes Gesicht zu holen. Der Verletzte äußerte deshalb seinem Freund gegenüber große Bedenken. Der Freund wollte ihn beruhigen, aber schon lehrte Sharp atomlos zurück, reinigte die Wunde und legte das Pflaster auf. Der Freund, der dem Chirurgen beim Weggehen folgte, fragte ihn draußen, ob der Zustand des Verletzten denn schlimmer sei. „Keinesfalls!“ erwiderte Sharp. „Aber warum ließen Sie denn so schnell noch ein Pflaster?“ fragte der Freund. „Aus Furcht, die Wunde würde sonst zubeissen!“

Die Landsleute.

Von Peter Zeyer.

Ich hatte gehofft, des friedlichen Halbcoups bis Ventimiglia sicher zu sein; aber in Mailand hing eine alte Vogelscheuche ein, die sieben Koffer, Taschen und Beutel mit sich führte und mich deutsch anredete. Sie befohl mir, alle ihre Gedächtnisse zu verlassen, was ich, einmütigen noch beklüfft, tat. Ihrem energischen Erudieren, in Konversation mit ihr zu treten, kam ich schon weniger eifrig nach. Worüber sie Numut äußerte. Über schlau, wie solche alten Geschöpfe sind, begann sie zu jammern. Sie steht so allein, sie fühlte sich nicht wohl; der liebe Gott habe für auf-erlegt, lebenswürdige und hilfsbereite Menschen in Anspruch nehmen zu müssen.

„Öffnen Sie diese Bücher — ich bin eine Schwache Frau!“

Nach unterlag ich; ich öffnete, wenn auch lauternd, eine Postendbüchse. Ein Löffel, mit dem sie in einem Glase rührte, fiel herunter; sie zeigte gebieterisch mit der Hand — ich rückte mich aber als sie dann, behaglich schmauernd und lächelnd, wieder Unterhaltung genaue Angabe meiner Personalien dekretierte, weigerte ich zum ersten Mal den Dienst.

„Wenn sich Deutsche im Ausland begegnen, sollen sie lieb miteinander sein!“ belehrt sie spitz.

Ich war lieb und zuckte nur die Achseln, fast ihr heimlich Sublimat ins Glas zu tun.

Sie läffelte und schmaute weiter.

Da kamen, an einer Zwischenstation, zwei Reisende, von denen sich einer neben die alte Dame wängte, während der andere vorm Coupé im Gang stehen blieb und nur ab und zu Konversation in den Raum entließ.

Es waren zwei Reisende, wie man sie nicht zu oft sieht. Der Kopf bis Fuß kunsteln aus dem Schoufenster eines Herrenwagens entleht, waren sie, ehe man sich verlor, mit der greulichen Alten im innigsten Einvernehmen.

Als sie erfuhren, daß die Arcuzipinne jedes Jahr nach Rijza reise, konnten sie sich mit „Gnädige Frau“ und „Aber gewiß doch“ und „Geben Gnädige schon gehört?“ gar nicht genug tun.

Die Angabe ihrer Personalien erfolgte mit jauchsender Bereitwilligkeit. Das Coupé erfährt, daß sie sich „einen kleinen Trip an die Riviera“ vorgenommen hatten.

„Gnädige Frau können uns vielleicht Auskunft geben, was in Rijza — pardon! — Serrenseide kostet?“

Die Vogelscheuche kniete sich in Herrenseide — nicht ohne mir einen giftig triumphierenden Seitenblick zu widmen.

„Gnädige Frau waren in München? Das Oktoberfest — ich weiß nicht — doch eine recht unedelmate Sache — nicht wahr, Gustav — meinen Gnädige nicht auch?“

Gnädige war ganz ihrer Meinung. Durcheinander unfeine, direkt volkstümliche Sache.

„Dagegen Oberammergau — und Voreuth — oh! Das ist Spitzenleistung — nicht wahr, Gustav — davon jetzt man!“

Die Alte zehrte außerdem von ihrer Baste. Als ihr ein Stück vom Tisch rutschte, schossen Gustav und Kommilitone so sah danach, daß ihre Köpfe zusammenstießen. Es klang ungewöhnlich hoch.

Ich ging hinaus, mich am stillen Tri zu übergeben. Als ich wieder hineinkam, notierten sie gerade gegenseitig ihre Adressen. Aus Mode und Widerrede entnahm ich, daß die Scheuche ihnen alles diktiert hatte, was angegeben, gekauft, bewundert oder mit Reserve behandelt werden mußte.

Als ich in Genua, Gott lobend, ausstieg, fühlte ich die Gesichter aller drei mit jenem Grinsen auf mich gerichtet, über das die Komorra der Spieler dabei wie in der ganzen Welt als unerkennliches Erkennungszeichen gebietet.

Sie waren sich einig, daß ich zu jenen ungerücklichen Landsleuten gehörte, die dem Ansehen des Deutschen in der Welt immer wieder Abbruch tun, und sie beglückwünschten sich, daß die besseren Elemente doch immer wieder zueinander finden.

Papst Leo XIII. und die „Satansfinder“.

Ein heiterer Erinnerungstag. — Ein Papst als Opfer des Aberglaubens.

Der katholische Kirche begeht an den kommenden Pfingstfeiertagen das 40jährige Jubiläum der „sozialen Enzyklika“, genannt (nach den einleitenden Worten) „Rovarum Rerum“. Wenn die christlichsoziale Presse nunmehr Tag für Tag andringlichste Reklame für diese Jubelfeier macht, so geschieht das aus dem einfachen Grunde, um den Ansehen zu erwecken, daß die Kirche seit je auch soziale Bestrebungen verfolgt habe. Diese Enzyklika ist das Werk des Papstes Leo XIII., der von der Kirche „der Große“ genannt wird. Man könnte allerdings fragen, wer heutzutage von dieser „sozialen Tat“ noch etwas weiß. Selbst für die gläubigen Katholiken bedurfte es ja erst eines nachdrücklichen Propagandarummels. Daß übrigens die soziale Frage dort von einem Gesichtspunkt aus betrachtet wird, der einige Jahrzehnte hinter der Gegenwart zurückgeblieben ist, versteht sich von selbst.

Der weltliche Zufall will es nun, daß in die nächste zeitliche Nachbarschaft dieses Ereignisses ein anderer Jahrestag fällt, der allerdings von den kirchlichen Kreisen mit beiderseitigem Stillschweigen übergegangen wird. Auf den 15. Mai 1884 fällt die „Rovarum Rerum“. Und am 20. Mai 1884 erging eine andere Enzyklika des gleichen Papstes, nämlich die „Humanae Genus“, allgemein die „Freimaurerbulle“ genannt, die den Anstoß zu einer der kühnsten Mystifikationen der Kulturgeschichte gab. Es ist immerhin lehrreich zu sehen, wie das unfehlbare Oberhaupt der Kirche, dessen soziale Meinungen von den Hierarchen als Quintessenz der Weisheit gepriesen werden, in einer anderen, etwas ernst gemeinten Aktion sich eine Blamage holte, die das schallende Gelächter der ganzen Welt erweckte. Es ist der Fall des „befehnten Freimaurers“ Leo Tagli.

In der Enzyklika „Humanae Genus“ vom 20. Mai 1884 erklärte der Papst, die ganze Menschheit zerfalle in zwei Lager: die Kinder Gottes, d. h. die katholische Kirche, und die Diener des Satans, welche in den Freimaurerlogen organisiert seien. Alle nur erdenklichen haarsträubenden Dinge wurden den Freimaurern darin nachgesagt und alle Welt zum Kampf „gegen diese Epidemie“ aufgerufen.

Dieser Gefühlserguss des großen Papstes brachte den Mailänder Journalisten Leo Tagli (eigentlich Gabriel Fogard-Bages) auf den Gedanken, den Papst und die Kirche mit ihren eigenen Argumenten in größtmöglicher Weise zu blamieren. Tagli war in einer Jesuitenanstalt erzogen worden und das Resultat dieser Erziehung war ein ausgesprochener Haß gegen diesen Orden und die Kirche im allgemeinen; außerdem aber auch eine genaue Kenntnis kirchlicher Methoden, die ihm gute Dienste leisten sollte. Bis dahin hatte er als antikirchlicher Journalist für verschiedene Zeitschriften gearbeitet, hatte auch Freidenkervereine gegründet und galt in Kirchenkreisen als der Ausbund aller Verworfenheit.

Als nun der Papst Leo zum Kampf gegen die Freimaurer aufrief und in seiner erdachten Enzyklika seinen festen Glauben an die lächerlichsten und abenteuerlichsten Vorstellungen von der Freimaurerei einbrachte, entschloß sich der damals dreißigjährige Tagli, den großen Coup seines Lebens zu unternehmen.

Derlich und reumütig schwor er seinen Unglauben ab und dat, als bühender Sänder wieder in die Kirche aufgenommen zu werden. Man war erfreut, aber immerhin misstrauisch. Ein erprobter Jesuitenpater wurde beauftragt, dem Bisherigen auf den Zahn zu fassen. Aber Tagli kannte seine Leute noch vom Jesuitenkolleg her und richtete sich danach. Drei Tage lang währte die Inquisition des Befehrs und Tagli ließ sich immer neue „Geheimnisse“ neuer Schwaboten ent-

Bücher sind Freunde
Bücher sind Gefährten

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Lest Bücher Wissen im Macht!

INSERATE
haben immer **ERFOLGI**



BERSON 750

sind billig, elastisch und dauerhafter als das beste Leder.

ermöglicht es Ihnen, selbst in kleineren Orten den Gummiabsatz **BERSON 750** bei jedem besseren Schuhmacher **fachmännisch** angebracht zu bekommen.

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Gurer **Ausbeuter** In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

Gerichtssaal

Außenleiter der Gesellschaft. Und das allgleichmachende Strafgesetz.

Prog. 10. Mai. Justitia, die Göttin der Gerechtigkeit, trägt eine Blinde über den Augen. Sie ist blind — so will es die Tradition. Sie soll blind sein — so will es das Rechtsgesetz, nämlich in Hinblick auf die Person und den sozialen Rang des zu Richtenden. Aber in anderer Hinsicht sollte eine moderne, eine soziale Justitia um so hellsehender sein.

Denn sehr verschieden sind die Menschen, die vor die Richter kommen. Wir sehen Opfer der Zeitnot, wider Willen an den Weg des Unrechts geirrt, die weinend, zusammenstreichend, wenn ihnen das Urteil verkündet wird. Und wir sehen die berufsmäßig kriminellen Existenzen, denen die Rechtsrolle nur ein bequimes Lächeln abdrückt. Es sind die sozialen Erfahrungen, die geborenen Verbrecher, gegen die sich die soziale Gemeinschaft unter allen Umständen wehren muß, wenn sie sich behaupten will. In welcher Art solche Außenleiter der Gesellschaft zu behandeln sind, das wird einer kommenden Gesellschaftsordnung vorbehalten bleiben. Die heutige macht sich jedenfalls keine Skrupel um solche Kleinigkeiten und geht es vor, die „sozialen Zustände“ nach dem Gesichtspunkt eines 128 Jahre alten Gesetzes zu erledigen. Es ist ein schwacher Trost, daß wir — vorläufig noch — über eine Richtergeneration verfügen, die sich ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe wohl bewußt ist und ihr Bestes tut, den Anforderungen des lebendigen Rechts zu genügen.

Vor dem Senat des OBR. Rovato sind heute vier Menschen angeklagt, von denen drei unbedingt jener gemeingefährlichen Sorte der Berufsverbrecher zuzählen sind. Es sind schwere Jungen. Diebe von Profession; keiner von ihnen hat das 30. Lebensjahr überschritten. Es würde ermüden, wenn man ihre Taten aufzählen wollte. Der eine (30 Jahre alt) ist ein und dreißigmal verurteilt, sein 23jähriger Kumpan (schon 3mal). Die Dritte im Bunde ist eine Frau, die zur heutigen Verhandlung nicht erschienen ist und in absentia verurteilt wurde. Sie hat fünf und zwanzig Vorstrafen. Der Letzte, ein etwas verwahrlohter kleiner Mensch, scheint durch Zufall in diese Gesellschaft geraten zu sein. Oder vielmehr durch Not. Er hat nur zwei leichte Vorstrafen.

Eine ganze Reihe von Straftaten wird ihnen zur Last gelegt, durchwegs Diebstähle, wie es sich für sie als Spezialisten gezeigt. Im Gerichtssaal herrscht gemütlige Stimmung. Bei Verurteilung ihrer Vorstrafen laden sie herzlich in sich hinein. Sie gingen durch die Justizmaschine genau so wie jene andern, die Opfer ihrer Not. Genau so und um kein Haar anders! Das Urteil lautete auf sieben Monate für die zwei alten Hasen, sechs Monate erhielt der arme Neuling und sechs Wochen erhielt die abwesende Kumpanin zudikt.

Empathisch wirkte das Plädoyer des Verteidigers Dr. Ferdinand Bader, der sich seines Klienten (des kleinen Verurteilten) mit Wärme annahm.

See.

FÜR DIE BEQUEMLICHKEIT IM SOMMER.

Hiermit unterbreiten wir Ihnen eine Kollektion von Herrenschuhen für die Sommermonate. Sie finden hier leichte, luftige Sandalen für die Sommerfrische, den Sport, das Baden, Wandern und die Arbeit. Der niedrige Preis erlaubt Ihnen, sich für jede Gelegenheit einen speziellen Schuh zu kaufen.



Modell 4807-66
Gummibadenschuhe schützen den Fuß vor Verletzungen. Sind leicht und angenehm. Hindern nicht bei Schwimmen.



Modell 4667-77
Universal-Sportschuh für die ganze Familie. Geeignet für den Spielplatz, Fussballspielen, Wandern für den Garten, das Feld, die Arbeit und das Haus.



Modell 4238-37
Grauer Segel-Schnürhalbschuh für Herren. Niedriger Gummisohle und elastische Gummisohle. Für diejenigen, welche Bequemlichkeit schätzen.



Modell 3337-12
Herren-Halbschuh aus dauerhaften, grauem, porösen Segel, leicht, luftig und bequem. Für das Haus und das Büro.



Modell 1737-76
Special-Tennisschuh für Herren mit besonders starker Gummisohle und elastischer Ferse. Nach Erfahrungen der besten Tennisspieler hergestellt.



Modell 1137-03
Halbschuhe aus weissem oder braunem Segel, äußerst leicht und bequem. Braun für den täglichen Gebrauch, weiss für das Bad. Angenehmes Tragen.



Modell 2947-00
Universal-Sandalen aus weichem Leder mit haltbarer Gummisohle. Für tägliches Tragen am Land und für Gartenarbeit. Für Damen K6 29.-



Modell 2927-28
Sommer-Halbschuh für die Stadt aus braunem Box und niedrigem Gummisohle. Perforiertes Oberteil. Luftig und bequem. Sehr beliebt.

Kunst und Wissen

Sonntag, den 23. ds., Premiere: „Der Hauptmann von Köpenick“. Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. In der von Dr. Hans Braun inszenierten Aufführung spielt die Titelrolle Josef Krieger. In dem personenvollen Stück (zwei 70 sprechende Rollen) ist das gesamte Schauspielensemble beschäftigt. Die Hauptrollen spielen: Medelsh, Keller, Hans Stadler, Warabold, Albrich, Bauer, Gög, Schmitt, Jantsch, Köhne a. G., Liebl, Reigeb, Ruffer-Siman, Podtsef, Reinhardt, Reiter, Köhner, Schindler, Dr. Schmergenweil, Schönberg, Stöcklin, Zeit. Anfang 7.30 Uhr (182-2). Montag, den 23. ds., 1. W. erste Wiederholung, Anfang 7.30 Uhr (183-3).

Sonntag, den 24. ds., Festvorstellung anlässlich des 75. Jahrs. Beisehung der Prager Handelsakademie: „Die Zauberflöte“ von W. A. Mozart. Dirigent: Georg Sedl. Prolog gesprochen von Friedr. Schmitt. Anfang 7 Uhr (Abonn. aufgehoben). Restliche Karten an der Kassa.

Raissepieler V. Abend, Freitag, den 29. ds. Schauspiel von Mitgliedern des Wiener Burgtheaters: „Liebe“, Tragedie von Anton Wildgans. Anlässlich des 50. Geburtstages des Dichters, der der Aufführung betrauert wird.

Raissepieler VI. Abend, Samstag, den 30. ds. Stagione N.Opera Italiana mit Mitgliedern der Scala Milano: „Der Barbier von Sevilla“, Oper von Rossini.

Raissepieler VII. Abend, Sonntag, den 31. ds. Stagione N.Opera Italiana mit Mitgliedern der Scala Milano: „Rigoletto“, Oper von Verdi. Dirigent beider Abende: Arturo Lucon.

Wochenprogramm des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, 7.30 Uhr: „Salzer aus Wien“ (179-3). Donnerstag, 7.30 Uhr: „Ein Masterball“ (180-4). Freitag, 7.30 Uhr: „Amphitryon 38“ (181-1). Samstag, 7.30 Uhr, Premiere: „Hauptmann von Köpenick“ (182-2). Sonntag, 7.30 Uhr: „Die erste Frau Selb“; 7 Uhr: „Die Zauberflöte“ (Festvorstellung des Ver. abh. Handelsakademiker). Montag, 7.30 Uhr: „Hauptmann von Köpenick“ (183-3).

Wochenprogramm der Kleinen Bühne. Mittwoch, 7.30 Uhr: „Fec“. Donnerstag, 7.30 Uhr: „Voruntersuchung“. Freitag, 7.30 Uhr: „Madel aus der Vorstadt“. Samstag, 7.30 Uhr: „Madel aus der Vorstadt“. Sonntag, 8 Uhr: „Die erste Frau Selb“. Montag, 7.30 Uhr: „Madel aus der Vorstadt“.

Verlust- und Gewinnkonto.

Verluste:	K	K
Zinsen:		
a) von Einlagen	174.224.697	
b) sonstige	11.461.246	185.685.943
Kosten:		
a) sachliche Verwaltungsauslagen	18.171.474	
b) persönliche Verwaltungsauslagen	87.201.561	105.373.034
Steuern, Gebühren und gesetzliche Beiträge:		
a) Steuern und Gebühren	9.993.651	
b) gesetzlicher Beitrag zum Spezialfonds	587.500	10.581.151
Abreibungen:		
a) von Immobilien	2.000.000	
b) vom Inventar	4.000.000	6.000.000
Reingewinn:		
a) Vortrag aus dem Jahre 1929	6.252.586	
b) Reingewinn des Jahres 1930	14.580.448	20.833.034
		323.573.163
Gewinne:	K	K
Gewinnvortrag aus dem Jahre 1929		6.252.586
Zinsen:		
a) von Wertpapieren	18.925.170	
b) von Wechseln	37.546.024	
c) von Forderungen	200.200.237	256.771.430
Provisionen		41.632.586
Verschiedene Gewinne:		
a) aus Wertpapieren, Saluten und Devisen	6.215.933	
b) aus Forderungen	5.398.349	
c) andere Gewinne	7.227.778	18.910.261
		323.573.163

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eingefendet.

Anglo-österreichische und Prager Creditbank.

Der Verwaltungsrat der Anglo-österreichischen und Prager Creditbank hielt am Dienstag, den 19. Mai 1931, die Bilanzprüfung ab, in welcher er die Bilanz für das Jahr 1930 genehmigte. Diese weist einschließlich des Vorrages aus dem Vorjahre einen Bruttogewinn von K6 137.887.219,89 aus. Nach Abzug der Auslagen, einschließlich der Steuern, Gebühren und Abschreibungen in der Höhe von 117.054.185 K6 79 h, verbleibt ein Reingewinn von K6 20.833.034,10.

Der Verwaltungsrat hat mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage der Weltwirtschaft und die ihm bekannten Intentionen der inländischen und ausländischen Großaktionäre der Bank beschloßen, der Generalversammlung, welche am 2. Juni 1931 abgehalten wird, vorzuschlagen,

von der Auszahlung einer Dividende für das Jahr 1930 abzusehen und den Reingewinn wie folgt zu verwenden.

Dotations des allgemeinen Reservefonds, 5 Prozent laut Statuten, K6 729.022,40, außerordentliche Dotations des allgemeinen Reservefonds K6 1.270.977,60, Dotations des Pensionfonds der Angestellten K6 5.000.000.—, Dotations des Sicherstellungsreservefonds für Bankschuldverrichtungen K6 500.000.—, außerordentliche Abschreibungen an Immobilien K6 2.500.000.—, außerordentliche Abschreibungen am Inventar K6 2.500.000.—, und Vortrag der verbleibenden K6 8.333.034,10 auf neue Rechnung.

Die Bilanz weist folgende Posten aus:

Bilanzkonto.

Aktiva:	K	K
Barbestände		123.263.105
Sofort fällige Forderungen bei zahl. Geldinstituten, Banken und Schecks in fremder Währung		198.082.518
Wechsel		77.305.248
Eigene Wertpapiere:		
a) österreichische	319.130.350	
b) ausländische	38.719.026	
c) fällige Kupons und verlorne Werte	1.135.182	358.984.558
Beteiligungen		209.000.000
Debitoren:		
a) Forderungen bei ausländischen Banken und Bankiers	117.461.367	
b) durch Wertpapiere gedeckt	230.094.280	
c) sonstige	2.700.274.816	3.047.830.462
Immobilien und Inventar:		
a) Immobilien	87.898.683	
b) Inventar	2.766.411	90.665.107
Transitorische Aktiva		16.971.514
Durchlaufende Posten K6 1.123.631,581		4.538.245,570
Passiva:	K	K
Eingezahltes Aktienkapital		235.000.000
Reserven		140.786.211
Pensionfonds der Angestellten		54.959.262
Einlagen:		
a) gegen Einlagebücher	1.025.064.024	
b) gegen Kassenheime	320.267.965	1.345.331.989
Kreditoren:		
a) Geldinstitute	1.062.347.947	
b) sonstige	1.618.095.373	2.680.443.319
Nicht eingelöste Kupons von Aktien eigener Emission		162.323
Transitorische Passiva		60.729.412
Durchlaufende Posten K6 1.123.631,581		
Reingewinn:		
a) Vortrag aus dem Jahre 1929	6.252.586	
b) Reingewinn des Jahres 1930	14.580.448	20.833.034
		4.538.245,570

Kinderfreunde Prag.

Mittwoch nachmittags 3 Uhr Treffpunkt bei der Endstation der 1er. und 2er-Elektrischen in Hvězdka. Spiele im Park Stern.

Sport * Spiel * Körperpflege

Oesterreichs Fußballspieler in Palästina.

Die Landesmannschaft des österreichischen Arbeitersportverbandes ist in Haifa von der Besatzungsmacht empfangen worden. Österreich verlor das Spiel gegen die Bezirksmannschaft Palästina 4:2, gewann gegen Beirut 4:3 und spielte gegen die Stadtmannschaft von Jerusalem 3:3. Es bekräftigt sich damit erneut, daß die Arbeitersportler Palästinas eine sehr beachtenswerte Spielstärke besitzen.

Gesamt St. Veit — Wiener Fußballmeister.

Der Aufstieg dieser Mannschaft, die Sonntag den Titel eines Fußballmeisters von Wien errang, muß wirklich mit Bewunderung erfüllt werden. Sie spielte im vorigen Jahre noch in der zweiten Klasse, erkämpfte sich in Veit mit seinen schönen Leistungen den ersten Rang und, kaum daß sie die ersten Kämpfe in der Liga ausgetragen hatte, avancierte sie auch schon zum Meisterschaftsfavorit. Ihr gelobtes Können und ihre stets gleichmäßige Form ließ sie auch letzten Augenblick aus dem Rennen fallen. Die Entscheidung ergab sich Casavert im Nach gegen Lumanitas, das sie in überzeugender Weise (7:1) für sich entschied.

Dänische Arbeitersportler in Deutschland.

Die dänischen Arbeitersportler in Deutschland, die in Rendsburg spielte gegen den Kreisrichter Waldenburg (Schiffen) und verlor 2:3.

Fußball-Stadtspiele.

Freitag: Chemnitz gegen Dresden 2:1 (2:1), Sonntag: Reichert Dresden gegen Chemnitz 3:2 (Sonntag). — Magdeburg gegen Leipzig 3:2.

Sonstiger Arbeitersport in Deutschland.

Freitag: Dresden: Biechen gegen Reustadt 6:1, 2:0, gegen Seidenau 6:1, Lobtau gegen Ramens 5:3, Friedland gegen Bfcl Chemnitz 4:1, Gotha gegen Bfcl Chemnitz 3:3, Delitzsch gegen Leipzig 4:0. — Bezirk Chemnitz: 2:0, gegen Sachau 3:5, Wittelsbach gegen Lugau 2:3, Trieben gegen Eintracht 3:1, Rosenthal gegen Rosenport Döbeln 8:3.

Nach gegen Sonvortis 2:3, Frankenberg gegen Chemnitz 3:2, Ring gegen 2:0, 2:1, Rosenthal gegen Niederhagen 1:5, 2:0, gegen Waldheim 3:1. — Bezirk Burgfried: Reich auf Burgfried gegen Sportfreunde Clauswitz 0:1, Herrenhaide gegen Reichsdorf 0:3, Freiheit Laura gegen Hermanns-Welt Leipzig 2:0. — Bezirk Hamburg: Fortuna gegen Bertha 4:3, Elbo gegen Reich auf 5:0, Hamburg 13 gegen Rot Weiß 4:2, Bfcl gegen Wacker 10:1.

Bürgerlicher Sport.

Wienna Wien gegen Slavia Prag 0:0. Von diesem am Dienstag in Piana unter der schwachen Leitung des Schiedsrichters Cejar ausgetragenen Spiel war man enttäuscht. Die Wiener zeigten nur in einigen wenigen Momenten ein schönes Spiel; Slavia's Angriff konnte sich nicht durchsetzen. Bei beiden Teams waren die Hintermannschaften die besten Teile. Für Wienna bedeutete dieses Unentschieden jedenfalls einen Erfolg.

Handball bei einem bürgerlichen Meisterschaftsspiel in Berlin.

In der Zwischenrunde der Deutschen Handballmeisterschaft zwischen dem Berliner Meister Hertha und der Spielvereinigungen Hirsch, das Spiel gewann Hertha mit 3:1, kam es zu einem für den bürgerlichen Spielbetrieb kennzeichnenden Zwischenfall. Der Hirsch'sche Spieler Frank war abfällig über den Hertha-Spieler Koch. Als Koch vom Platz verwiesen wurde, führte sich eine Horde von Hertha-Anhängern auf ihn und mißhandelte ihn mit Stöcken herab, daß er bewußtlos mit einer schweren Schenkelverletzung ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Aus der Partei

Soz. Studenten (E. J. H.). Heute, 30. Mai, Jma (Böhm), Klubzimmer, Erich Keller: „Echt und Sozialismus“. Vortragsabend in diesem Semester. — Bringt eine Legitimation für die Ringfahrt in Ordnung!

Verantwortl. Redakteur: Siegfried Leub. Chefredakteur: Siegfried Leub. Verantwortl. Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: „Rote“ K.G. für Zeitung und Buchdruck. Für den Druck verantwortlich: Otto Gellert. Die Zeitungsdirektion wurde von der Volk- u. Arbeiterbewegung mit Erlaß Nr. 13.900/VII/1930 benannt.